Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg: Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion und Druckerei: Große Münzstraße 8. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 800

Nr. 10. **Magdeburg, Sonnabend den 13. Januar 1906.** **17. Jahrgang.**

Heute liegt die „Neue Welt" Nr. 2 bei.

Bülows Kanonen.

Die „Tägliche Rundschau" schreibt:

Der 21. Januar wird allem Anschein nach eine nicht ganz ungefährliche Spielerei mit dem Feuer werden. Wir erfahren dazu aus zuverlässiger Quelle das Folgende:

Die angekündigten achtzig sozialdemokratischen Versammlungen finden gleichzeitig um 12 Uhr statt. Es wird dafür gesorgt werden, daß sie nicht allzu stürmisch verlaufen, um nicht vor der Zeit aufgelöst zu werden. Zu einer genau verabredeten Stunde werden sämtliche Versammlungen geschlossen; die Straßenkundgebungen beginnen. Die Parole heißt: Nach dem Schloß! Sozialdemokratische „Ordner" mit Armbinden sollen „für Ruhe und Ordnung" sorgen — soweit das dann noch möglich ist. Die Regierung hat dagegen die folgenden Maßregeln getroffen: Der Schloßplatz und die Zugänge werden, da im Schloß das Ordensfest gefeiert wird, in der üblichen Weise abgesperrt. Selbstverständlich ist die ganze Polizei aufgeboten. Diese wird den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend friedlich einherziehende Gruppen unbehelligt lassen, dagegen jede Störung der Ordnung sowie jeden Versuch, einen öffentlichen Umzug zu veranstalten, der bekanntlich einer vorhergehenden polizeilichen Genehmigung bedarf, durch sofortiges Eingreifen verhindern. Für den Fall, daß der Polizei Widerstand entgegengesetzt werden sollte, und ihre eignen Kräfte nicht ausreichen, werden

sämtliche Berliner Truppen

einschließlich der Kavallerie und Artillerie in ihren Kasernen versammelt und zum unverzüglichen Ausmarsch [illegible] bereitet. [illegible] Hieb und Schüsse über die Köpfe hinweg nur die Wut der Menge reizen, ohne einzuschüchtern, und somit nur größere Ausschreitungen und größeres Blutvergießen hervorrufen, ist diesmal vom Ministerpräsidenten ausdrücklich angeordnet worden, daß Polizei und Truppen, falls sie zum Gebrauch der Waffen gezwungen werden sollten, diese sofort regelrecht anwenden.

Soweit die sensationelle Nachricht der „Täglichen Rundschau" die angeblichen Absichten der Berliner Genossen betrifft, wird über sie nicht viel zu sagen sein. Es hieße die Intelligenz der Berliner Genossen doch beträchtlich unterschätzen, wenn man einen Augenblick annehmen wollte, sie dächten wirklich daran, einen verbotenen öffentlichen Umzug zu inszenieren und diesen von „Ordnern" leiten zu lassen, die durch „Armbinden" kenntlich gemacht sind. Ueber die Absichten der Genossen ist also die „Tägliche Rundschau" von ihren Spitzeln ganz erbärmlich schlecht unterrichtet worden.

Wer bürgt uns aber dafür, daß diese Spitzel über die Absichten der Regierung ebenso schlecht unterrichtet sind? Wir möchten gern annehmen, daß die verbrecherische Frivolität, die aus der Meldung der „Täglichen Rundschau" spricht, ausschließlich auf die Rechnung dieses Blattes zu setzen ist, das schon vor Wochen die preußische Wahlrechtsbewegung durch „den scharfen Knall der Kleinkalibrigen" aufzuhalten geraten hat. Was uns stutzig macht und die Authentizität der „Rundschau"-Meldung in hohem Grade wahrscheinlich macht, das ist ihre ganz auffällige Geistesverwandtschaft mit einer älteren amtlichen Kundgebung, nämlich mit dem berüchtigten Reckeschen Schießerlaß vom 22. Juni 1898. Ebenso entspricht sie der im Reckeschen Schießerlaß angezogenen Order vom 10. August 1886, in der es heißt: vor allem seien „die sogenannten Schreckschüsse über die Köpfe der Volksmenge zu unterlassen". Dieser Reckesche Erlaß ist vom Dreiklassenparlament am 15. Februar 1899 mit einer allerdings geringen Mehrheit — selbst dieses Parlament schien vor dem Blutgeruch des Erlasses ein wenig zurückzuschrecken! — gebilligt worden. Ihm aber gleicht, was jetzt als des Fürsten Bülow Schlachtordnung für den 21. Januar ausgegeben wird, wie ein Ei dem andern. Nur an die Kavallerie und die Artillerie, die sich in den Rahmen harmonisch einfügt, hatte selbst Herr von Recke nicht gedacht.

Wie stehen aber die Dinge, wenn die Nachricht der „Täglichen Rundschau" wahr ist? Dann ist Berlin, was immer auch zur Aufrechterhaltung der Ordnung von den Genossen aufgeboten werden kann, am 21. Januar von den furchtbarsten aller Greuel bedroht! Die zahlreichen Versammlungen, die an diesem Tage in der Hauptstadt abgehalten werden, müssen ganz naturgemäß eine Veränderung in das gewohnte sonntägliche Straßenleben bringen. Nun heißt es: „Friedlich einherziehende Gruppen sollen unbehelligt bleiben, gegen den Versuch, einen öffentlichen Umzug zu veranstalten, soll aber sofort eingeschritten werden", und als Konsequenz dieses Einschreitens wird in Aussicht gestellt, daß die Artillerie in die waffen- und wehrlosen Menschenhaufen hineinschießen könnte. Wo hören aber die friedlich einherziehenden Gruppen auf und wo beginnt der Versuch, einen öffentlichen Umzug zu veranstalten? Die Beantwortung dieser Frage, von der Tausende von Menschenleben abhängen können, wird in das Belieben jedes einzelnen Polizeileutnants gestellt. Tritt irgendwo im Abmarsch friedlich einherziehender Gruppen eine unvorhergesehene Stockung ein, oder treibt irgendwo ein Lockspitzel irgend einen verspäteten Silvesterunfug, so können „genau den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend„ „die Waffen regelrecht angewendet" werden.

Wozu will man denn zum 21. Januar die Säbel schleifen und die Kanonen laden? Um gegen eine Bevölkerung zu rüsten, die die friedlichsten Absichten der Welt hat, die keine Waffen besitzt und keine Waffen gegenwenden will, die nichts [illegible] absichtigt, als auf gesetzlichem Wege ein Recht wiederzuerringen, das das preußische Volk schon einmal besessen hat, und das ihm später durch ein gewalttätiges Verbrechen wieder geraubt worden ist. Man verbietet öffentliche Umzüge, macht es dadurch der sozialdemokratischen Organisation unmöglich, auf der Straße für die Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens zu sorgen und bereitet sich inzwischen zur Erschießung unbewaffneter Staatsbürger vor! Denn darüber besteht doch nirgends der leiseste Zweifel, und hundertfache Erfahrung bestätigt es, daß der Befehl des Offiziers, der Feuer kommandiert, allemal ein Todesurteil über Unschuldige ist. Kommt es wirklich einmal vor, daß aus der Menge ein Stein geworfen wird, so trifft die Vergeltung für diese Tat selten den Steinwerfer selbst, sondern zumeist Personen, die seine Tat verurteilen. Zumal in Berlin könnte es nicht anders sein, wo die Massen, wenn es ihnen erlaubt würde, sicher sofort jeden Unruhestifter gehörig zur Rechenschaft ziehen würden.

Ist die Nachricht der „Täglichen Rundschau" richtig, dann läßt sich die Haltung der preußischen Regierung von keinem menschlichen Standpunkt billigen und beschönigen. Keine zivilisierte Regierung der Welt würde jemals eine ähnliche Order erlassen.

Eine solche Order wäre aber nicht bloß ein Vergehen gegen die preußische Verfassung, sondern, was nach einem bekannten Wort in der Politik noch viel schlimmer ist, eine Dummheit, und zwar eine schier unerschöpfliche Dummheit. In dem Augenblick, da, wie jetzt in Algeciras, die deutsche Regierung auf einer internationalen Konferenz das ganze Schwergewicht einer einheitlichen geordneten Macht in die Wagschale werfen will, darf sie, ohne über sich selbst das Vernichtungsurteil zu sprechen, nicht eine Kriegserklärung wider das eigne Volk erlassen.

Unter solchen Umständen muß man es wahrhaftig bedauern, daß der Dementierungsapparat der preußischen Regierung durch übermäßigen Gebrauch so gänzlich unzuverlässig gemacht worden ist. Was von seiten der Berliner Genossen geschehen kann, damit die Vernunft und die Menschlichkeit Oberhand behalten, das wird gewiß geschehen. Der Regierung bleibt nur noch übrig, durch die Tat zu beweisen, daß die Erzählung der „Täglichen Rundschau" ein abscheuliches Lügenmärchen gewesen sei! —

* * *

Die Antwort des Parteivorstands.

Auf die Herausforderung der „Täglichen Rundschau" antwortet der sozialdemokratische Parteivorstand mit folgenden Sätzen:

1. Es ist unwahr, daß die am Sonntag den 21. d. M. stattfindenden Volksversammlungen zu einer genau verabredeten Stunde geschlossen werden und alsdann Straßenkundgebungen beginnen sollen.

Weder ist beabsichtigt, den Rednern für die Versammlungen irgend eine Vorschrift über die Länge ihrer Reden, noch den Versammlungsleitern eine Vorschrift über den Zeitpunkt, an welchem die Versammlungen zu schließen seien, zu machen.

Die Versammlungen finden unter denselben Formen und Bedingungen statt — also eventuell auch mit Diskussion — wie sie bisher stets stattgefunden haben.

2. Es ist auch unwahr, daß nach Schluß der Versammlungen Straßenkundgebungen unter der Parole „Nach dem Schloß" oder in irgend einer andern Form stattfinden sollen.

Es ist vielmehr im Gegenteil beschlossen worden, daß die von der Partei gestellten Ordner nicht nur die Ordnung in den Versammlungen, sondern auch auf den Straßen aufrechterhalten, indem sie die aus den Versammlungen strömenden Massen, wenn nötig, zu größter Ruhe zu ermahnen haben.

Die Sozialdemokratie, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, wird alles tun, damit der Verlauf der Versammlungen in Ordnung sich vollzieht und ein des geplanten Zweckes würdiger ist. Umgekehrt erwartet die Partei aber auch, daß die Behörden alles unterlassen, was störend in die gesetzlich gewährte Versammlungsfreiheit eingreifen könnte.

Wird diese Richtschnur von beiden Seiten innegehalten, so wird das Ordensfest im Schloß am 21. d. M. [illegible] verlaufen, und unsre Gegner können sich abends ruhig schlafen legen in dem Bewußtsein, sich einmal wieder vergeblich aufgeregt zu haben.

Es wird hiernach lediglich von dem Verantwortlichkeitsgefühl des preußischen Ministerpräsidenten Bülow abhängen, wie der 21. Januar in Berlins Straßen verläuft. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 12 Januar 1906.

Opfer der Lüge.

Der preußische Staatsanwalt hat in seinem Kampfe gegen die preußische Wahlrechtsbewegung den ersten Erfolg zu verzeichnen. Genosse Löbe in Breslau ist zu der schweren Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil er in einem Aufruf an die Proletarier Preußens verschiedene Gesellschaftsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgereizt haben soll. Als strafverschärfender Umstand wurde dem schuldig Gesprochenen die — russische Revolution angerechnet; denn die Sprache, die er geführt habe, wirke unter den gegenwärtigen Umständen besonders aufreizend.

Aber nicht bloß der preußische Staatsanwalt hat am Dienstag einen guten Tag gehabt, sondern auch die liberale bürgerliche Presse darf auf das Urteil von Breslau stolz sein. Sind es doch ihre Auffassungen, die sich im Urteil von Breslau widerspiegeln. Sie hat so oft der Oeffentlichkeit vorgeredet, die Sozialdemokratie arbeite daran, in Deutschland eine blutige Revolution zu inszenieren, daß es kein Wunder ist, wenn sich die preußischen Richter solchen Anregungen überaus zugänglich sind, schließlich dieser liberalen Auffassung bekehren.

Den unpolitischen Herren Juristen, die berufen sind, politischen Prozessen zu plädieren und zu urteilen, [illegible] gute Glaube nicht abgesprochen werden. Deshalb [illegible] es doch nicht weniger wahr, daß sie, die das Fehlurteil [illegible] reiteten und abgaben, ebenso wie der Angeklagte [illegible] diesem Fehlurteil schwer leiden soll, das Opfer [illegible] Lüge, eines bewußt und planmäßig betriebenen [illegible] Schwindels geworden sind.

Die preußische Wahlrechtsbewegung hat alle bürgerlichen Parteien in die denkbar peinlichste Situation gebracht. Mit welchen Argumenten sollen sie es den preußischen Wählern dritter Klasse, die zugleich die ausschlaggebende Masse der Reichstagswähler bilden, verständlich machen, daß sie, die bürgerlichen Parteien, der Forderung des gleichen Landtagswahlrechts teilnahmslos oder gar ablehnend gegenüberstehen? Wie sollen sie das jahrzehntelange freventliche Versäumnis, den fortgesetzten Volksverrat, den sie getrieben haben, entschuldigen, da er jetzt durch die preußische

Wahlrechtspropaganda ins hellste Licht gerückt worden ist? Diese verzweifelte Situation, in die sie geraten sind, macht es zwar nicht entschuldbar, aber dafür desto begreiflicher, daß sie zum Betrug ihre Zuflucht nehmen. Da sie gegen das Ziel der Wahlrechtsbewegung nichts einzuwenden wissen, versuchen sie die Mittel zu verdächtigen, die von der Arbeiterschaft zur Erreichung ihres Zieles angewendet werden sollen. Die Parteien, die dem Volke ein Recht vorenthalten, sind daher darauf bedacht, der Arbeiterbewegung die Anwendung gewalttätiger Methoden anzudichten, um der Logik des ruhigen Rechtsstreites zu entrinnen.

Das Resultat dieser perfiden, namentlich von den Liberalen gepflegten Methode war die Irreführung der Breslauer Justiz. Als erstes Opfer des preußischen Wahlrechtskampfes wird Genosse Löbe die Schwelle des Gefängnisses überschreiten, um ein Jahr lang darüber nachzudenken, wie unrecht man in Preußen hat, wenn man – recht hat! —

Schreckensjustiz.

In Dresden jagt ein Wahlrechtsdemonstrations-Prozeß den andern. Unter dem 11. d. M. wird uns von dort über die neuste Verhandlung berichtet:

Der 1872 zu Groitzsch bei Leipzig geborne Fabrikarbeiter Bernhard Ewald Pauli hatte sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, öffentlicher Beamtenbeleidigung und Uebertretung der Verkehrsordnung der Stadt Dresden zu verantworten. Der Angeklagte, der früher Schutzmann in Mügeln war und zuletzt in der Schuhwarenfabrik von Hammer hier arbeitete, bei dem kürzlich dort erfolgten Streik die Arbeit jedoch ebenfalls niederlegte, soll sich an der am Sonntag den 3. Dezember stattgefundenen Straßendemonstration in strafbarer Weise beteiligt haben, obwohl er von ihr gar keine Kenntnis gehabt haben will. Nach seiner Behauptung begab sich P. am genannten Tage nach dem Stadtinnern, um sich die Parademusik anzuhören. Dabei führte ihn sein Weg über den Altmarkt, wo sich eine vielhundertköpfige Menschenmenge versammelt hatte, die Hochrufe auf die Sozialdemokratie und das allgemeine, gleiche Wahlrecht ausbrachte. Aus reiner Neugierde begab er sich unter die Demonstranten. Die Gendarmerie hatte Befehl erhalten, die Menge vom Altmarkt zu vertreiben und sie zu zerstreuen. Ihre Aufforderungen an die Versammelten, weiterzugehen, sind nach den Aussagen der Zeugen (zwei Schutzleuten) mit Johlen und Schimpfworten beantwortet worden. Indessen gelang es doch, die Menge von der Löwen-Apotheke bis zur Scheffelstraße zurückzudrängen.

Als hier der Gendarm Weidel wieder einmal zum Weitergehen aufforderte, rief der Angeklagte, der in der vordersten Reihe der Demonstranten sich befunden und den Schutzmann angestoßen haben soll: „Na, benimm Dich man anständig gegen diese Leute, Du bist auch mal Rekrut gewesen!“ Infolge dieser Aeußerung, die sich darauf bezieht, daß der Angeklagte früher mit dem genannten Gendarmen in einer Kompanie gedient und als Unteroffizier letzterer, der Rekrut war, ausgebildet hat, nahm P. von dem Gesagten für arretiert erklärt. Darauf hat der Angeklagte der Menge, die für ihn Partei ergriff, wiederholt zugerufen: „Kommt alle mit!“ Ein Trupp der Demonstranten folgte denn auch bis vor das Wachtlokal.

Der Angeklagte stellte den Sachverhalt wesentlich anders dar. Er behauptet, sich ruhig verhalten zu haben, von einem Teilnehmer der Demonstration aber vom Fußsteig auf den Fahrdamm gestoßen worden zu sein, wobei er an den Gendarmen gefallen sei. Hierüber ärgerlich, habe er geschimpft, worauf ihn der Schutzmann angefahren habe mit den Worten: „Halten Sie die Schnauze!“ Das habe ihn derart geärgert, daß er die ihm zur Last gelegte Aeußerung getan habe. Unmittelbar nach seiner Verhaftung hätte sich einer aus der Menge erboten, mitgehen zu wollen, um als Zeuge zu dienen. Darauf habe er zu diesem gesagt: „Na, da komm nur mit!“

Zeuge Gendarm Weidel stellte natürlich in Abrede, den Angeklagten beschimpft oder gereizt zu haben. Das Gericht hielt auf Grund der Zeugenvernehmung für nicht erwiesen, daß P. sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht habe, hielt vielmehr nur Beamtenbeleidigung und Verkehrsübertretung für erwiesen, erkannte aber auf die strenge Strafe von drei Monaten und einer Woche Haft. —

Das allgemeine Wahlrecht her!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Hollands veröffentlicht in „Het Volk“ vom 9. Januar ein Manifest „An die Proletarier von Niederland“ das bestimmt ist, zu den Versammlungen am 21. und 22. Januar im ganzen Lande verbreitet zu werden.

Das Manifest beginnt mit einem Hinweis auf den durch die letzten allgemeinen Kammerwahlen herbeigeführten Sturz des Ministeriums Kuyper und auf die unzuverlässige Haltung der neuen, aus Liberalen verschiedener Färbung zusammengesetzten Regierung, die sich als mindestens so militaristisch und arbeiterfeindlich wie die vorige erwiesen hat, so daß für soziale Reformen auch jetzt nichts getan wird. Es ist also für die Arbeiterschaft kein Grund vorhanden, der Regierung besonderes Vertrauen entgegenzubringen, und das Manifest weist hier auf die Worte des Genossen Troelstra in der Budgetdebatte hin: „Wir werden Taten unterstützen, aber keine Regierung.“

„Ohne allgemeines Wahlrecht keine tauglichen sozialen Reformen, keine gute Arbeitergesetzgebung, keine gerechten Besteuerungsgrundsätze, keine Beschneidung der militaristischen Ausschweifungen“, heißt es weiter in dem Manifest. Dann wird der Freiheitskampf in Rußland erwähnt, die Wahlrechts-Demonstrationen in Oesterreich und Sachsen und das Streben des preußischen Proletariats nach verkürzten Staatsbürgerrechten. Das Manifest schließt mit den Worten:

„Diesen Sommer wird, wie wir hoffen, wieder nach langen Jahren in Amsterdam eine nationale Wahlrechtsdemonstration stattfinden. Sorgt dafür, daß aus den Reihen Hunderttausender der Ruf wiederklinge und stark und gewaltig im Haag (dem Sitz der Regierung) gehört werde: Wir fordern das allgemeine Wahlrecht! Wenn ihr diesen Kampf führt unter unsrer Fahne, geleitet durch unsre Grundsätze, die dem Kapitalismus unversöhnlich gegenüberstehen, gestärkt durch unsre Propaganda, beseelt durch das großartige Vorbild unsrer Millionen Genossen im Osten — dann werdet ihr auch hier imstande sein, mit alten Formen, altem Unrecht, alten Privilegien des Geldsacks aufzuräumen und eurer Erlösung, eurer Erhebung und Befreiung aus der politischen Knebelung und ökonomischen Sklaverei den Weg zu bahnen.“ —

Noch mehr indirekte Steuern.

Im Reichstag wurde am Donnerstag die erste Lesung der Steuervorlagen fortgesetzt. Wieder eine Sitzung von ermüdender Langweiligkeit! Der Schatzsekretär v. Stengel versprach „kurze Bemerkungen“ und schwang eine zweistündige Rede, die in einen Hymnus auf den Kuhhandel ausklang. Leitmotiv der Rede war die Behauptung, daß Bier und Tabak noch viel mehr Blut lassen können, als die Regierung ihnen abzuzapfen sich anschickt.

Zum Ueberfluß wartete der preußische Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben im Laufe der Sitzung mit einer Aufwärmung der Stengel-Rede auf, die er durch einen Aufguß von sozialistentöterischer Pfeffersauce etwas schmackhafter zu gestalten suchte.

Aus dem Hause sprachen der Nationalliberale Patzig, der die Eisenbahneinnahmen der Einzelstaaten von Reichs wegen zu besteuern vorschlug, der menschenfreundliche Konservative Graf Kanitz, der den Straßenbahnverkehr besteuern möchte und über die unerträglichen Lasten der sozialen Gesetzgebung herzzerbrechend lamentierte, der Konservative Gamp, der eine Inseratensteuer vorschlug und die Freisinnigen Barbeck und v. Gerlach, deren Reden unter der vorgeschrittenen Tageszeit zu leiden hatten.

Am Freitag Fortsetzung. —

England.

Bis zum nächsten Sonntag finden 33 Wahlen statt. Der Wahlfeldzug entfesselt steigende Heftigkeit. Der Premier sprach am Donnerstag in vier Städten. Er kündigte in Chester an, daß Transvaal, sobald es selbständig geworden ist, über die Beibehaltung der chinesischen Lohnarbeiter werde entscheiden müssen. In Shrewsbury wurde des Premiers Rede wie gern durch das Absingen eines Liedes unterbrochen, mit dem Kehrreim „Joe Chamberlain kommt“, bis der Redner die Versammlung verließ. Lyttleton konnte in Leamington wegen fortdauernden Geheuls nicht zu Worte kommen. —

Ungarn.

Man erinnert sich wohl noch der Kaschauer Säbelaffäre, die im verflossenen Sommer großen Staub aufwirbelte. Zwei Leutnants hatten sich in die Redaktion des „Kassai Hirlap“ begeben, um den Redakteur, der in seinem Blatte scharf gegen das Offizierskorps geschrieben hatte, zu insultieren. Es kam zu einem Handgemenge, die beiden Offiziere zogen die Säbel und der Redakteur wurde an der Hand verletzt. Auf den Lärm hin eilte der Schriftsetzer Leopold Klein in das Redaktionslokal, um dem bedrängten Chefredakteur beizustehen. [illegible] Folgen er 2 Tage später starb. In zahlreichen Versammlungen wurde die exemplarische Bestrafung der beiden Offiziere gefordert. Jetzt hat das Kaschauer Garnisonsgericht sein Urteil gefällt. Danach bekommt der eine der beiden Offiziere fünf Tage Zimmerarrest, der andre aber wurde freigesprochen. Dieses Urteil bedeutet geradezu eine Prämie für den Totschlag. —

Spanien.

Wie in Spanien Wahlen „gemacht“ werden, darüber gewährt „El Socialista“ interessante Einblicke, indem er folgendes erzählt: Bei den kürzlich stattgehabten Wahlen in Puebla de Cazalla kämpften die Konservativen und Liberalen mit den verwerflichsten Mitteln. Sie hatten in der Nähe der Wahllokale Schnapsbuden errichtet, wo die Wähler betrunken gemacht und dann zur Wahl geführt wurden. Auch wurden Stimmen durch Geld oder Getreide erkauft; das dort herrschende grenzenlose Elend kommt dabei den Wahlmachern zur Hilfe. Aehnliche Vorgänge spielten sich in Manacor auf den Balearen ab. Trotzdem sich dort die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen gegen unsre Genossen verbunden hatten, erlangten diese bereits um 2 Uhr nachmittags einen Vorsprung über ihre Gegner. Da setzten diese mit allen möglichen Gewalttaten ein, um den Sieg unsrer Partei zu vereiteln. Sie holten nicht nur alle Beamten herbei, sondern auch die Insassen des Armenhauses, welche, von Polizisten herbeigeführt, wählen mußten. Sozialistischen Wählern wurde einfach der Zettel entrissen und ihnen bürgerliche dafür gegeben. Auf diese Weise gelang es den vereinten Gegnern, den Sieg mit wenigen Stimmen Mehrheit an sich zu reißen. —

Die Arbeitslosigkeit nimmt noch ständig zu, ebenso die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel. Die Regierung sieht dem untätig zu, beziehentlich, sie weiß sich keinen Rat. Die Aufhebung des Zolles und des Oktrois wären die geeignetsten Mittel, wenigstens dem Schlimmsten zu begegnen. Hierzu aber kann sich die Regierung im Interesse der herschenden Klassen nicht entschließen. In Madrid hat sich nun unter dem Vorsitz des Genossen Pablo Iglesias ein Komitee gebildet, um den Kampf gegen die erwähnten Mißstände weiter zu führen. Es sollen Versammlungen einberufen und eine planmäßige Agitation eingeleitet werden. —

Japan.

Die Preßfreiheit in Japan ist, wie schon mehrfach mitgeteilt, nach dem siegreichen Kriege mehr gefährdet als vormals. Nicht bloß die sozialistische, sondern auch die bürgerliche Presse hat zurzeit sehr unter Schikanen und Verfolgungen aller Art zu leiden. Alle großen Zeitungen von Tokio haben sich deshalb zu einer Pressevereinigung zusammengetan, um diesen behördlichen Eingriffen entgegen zu arbeiten; namentlich soll versucht werden, den Belagerungszustand, der noch immer über Tokio verhängt ist, zur Aufhebung zu bringen. Trotz dieser Verfolgungen entwickelt sich doch die sozialistische Presse weiter. Das Erscheinen des „Hikari“ (Licht) ist bereits durch den Telegraph mitgeteilt. Wie wir dem soeben eingetroffenen „Sozialist“ entnehmen, wird dieses neue Kampfesorgan vom Genossen Nihikawa redigiert, der soeben eine 7monatige Gefängnisstrafe, die er sich als Redakteur des inspendierten „Chohgen“ zugezogen, durchgemacht hat. Sein Mitarbeiter, der Genosse Kotoku, ist nach Amerika abgereist, um seine ebenfalls durch Gefängnis geschwächte Gesundheit wiederherzustellen. Ferner berichtet der „Sozialist“ von noch drei andern sozialistischen Lokalblättern, die in der letzten Zeit erschienen sind; es sind dies: „Der neue Kamerad“, das Organ der Bergleute von Yubari; dasselbe wird nach sozialistischen Grundsätzen redigiert. Sodann haben sich die Sozialisten von Hakodate in der „Neuen Botschaft“ und die Genossen von Moji in der „Volksstimme“ ein Organ geschaffen, das vorläufig alle 14 Tage erscheint. Außerdem beginnt eine staatssozialistische und sogar eine christlichsoziale Bewegung in Japan einzusetzen. Alles dies deutet auf ein politisches Erwachen des japanischen Volkes hin; wenn der nationale Siegesjubel verraucht ist, werden die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe ihren Klassencharakter unverkennbar aufzeigen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 12. Januar 1906.

Aus dem Stadtparlament.

Die Stadtverordneten haben in ihrer gestrigen Sitzung viel kostbare Zeit vergeudet. Ueber die Weitervermietung des Ratsweinkellers diskutierte man überaus lange und die Vorlage über den Dampferverkehr zwischen Strombrücke und Salzquelle brachte eine Debatte mit sich, die schier endlos schien. Eine geschlagene Stunde hatte man sich bereits über die Sache unterhalten, als dem Stadtv. Götzke der Einfall kam, Kommissionsberatung zu beantragen. Das veranlaßte selbst den Vorsitzenden, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß Herr Götzke nicht eher daran gedacht habe. Die Vorlage wurde denn auch einer Kommission überwiesen und mit ihr ein Rattenkönig von Anträgen und Wünschen, die während der fortgesetzt von großer Unruhe begleiteten Verhandlung zum Ausdruck gekommen waren. Bei der Vorlage über die Verpachtung des Ratskellers kam zur Sprache, daß der Verkehr dort recht viel zu wünschen übrig lasse. Einigen Herren waren moralische Bedenken gekommen, die sie zum Ausdruck brachten. Die Liebespärchen, die sich im Ratskeller ein Stelldichein geben, sind den Herren ein Dorn im Auge. Die Liebe darf nicht offen zur Schau getragen werden, am wenigsten dort, wo sich unsre Honoratioren zum Abendschoppen einfinden. Bei diesem Punkte passierte dem Stadtv. Dr. Gruson eine nette Entgleisung. Er sprach von der „neuen“ Renovierung des Ratskellers. Das ist ungefähr so, als wenn wir von „geistreicher Geistreichigkeit“ des Herrn Dr. Gruson reden wollten.

In der gestrigen Sitzung haben auch bereits drei der neugewählten Stadtväter ihre Jungfernreden gehalten, und zwar die Herren Hesse, Freise und Loeper. Vielversprechend für die Zukunft waren die Reden jedoch nicht. Die Herren sind aus demselben Holze geschnitzt wie ihre übrigen bürgerlichen Kollegen.

Die Erledigung zweier Haushaltpläne und die Wahl von zwei Vertretern zum preußischen Städtetag bildeten den Schluß der Sitzung. —

— **Die Bezirks-Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins** finden Anfang nächste Woche statt. Die Sudenburger und Buckauer Genossen halten ihre Versammlung am Montag abend ab, während die andern alle am Dienstag den 16. in den im Inserat bekannt gegebenen Lokalen stattfinden. In den meisten wird ein Vortrag gehalten werden. Die diesmaligen Bezirks-Versammlungen sind von größter Wichtigkeit, weil in ihnen die Vorbesprechungen zur Generalversammlung vollzogen werden, die sich mit der Wahl der Genossen zu dem Vorstand und in die Kommissionen zu beschäftigen hat. Zahlreicher Besuch dürfte also zu erwarten sein. —

— **In der nichtöffentlichen Stadtverordnetensitzung** wurde gestern ein Meßkontrolleur angestellt. Dann wurden die Stadtverordneten Baensch, Dr. Isensee, Dr. Fischer, Haupt, Stark und Dr. Behrend in eine gemischte Kommission gewählt, die sich über [illegible] machen hat. —

— **Nationalliberales.** Die Verurteilung des Genossen Löbe in Breslau zu einer hohen Gefängnisstrafe wird von der „Magdeb. Ztg.“ mit großer Genugtuung registriert. Die Breslauer Richter, denen die russischen Ereignisse nicht fern liegen, so meint sie, kennen die Absichten der deutschen Sozialdemokratie, auch wo sie sich in rhetorische Wendungen hüllen, genau genug. Es war Breslau, von wo seinerzeit der Ruf ausging, die Arbeiterschaft solle nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Deutschland russisch reden. Der verurteilte Redakteur hat in erster Reihe die Wahlrechtsbewegung nach der in Dresden befolgten Methode in Fluß zu bringen gesucht. Es ist den Arrangeuren peinlich, daß dieses energische Zugreifen des Gerichts angesichts der in Berlin bevorstehenden Wahlrechts- und Revolutionsversammlungen dazu beiträgt, den über diese Veranstaltungen gebreiteten Schleier für die Arbeiterschaft durchsichtiger zu machen und zu zeigen, um was es sich handelt. Im Interesse der Arbeiter selbst aber kann man es nur gutheißen, daß die Gesetze gegen die Anstifter in Anwendung gebracht werden, ehe Schaden angerichtet ist. — Wir meinen, der größte Schaden, der überhaupt angerichtet werden kann, wird durch solche Urteile verursacht. Allerdings, die Arbeiterbewegung hat den Schaden nicht zu tragen. Und um den Ruf der preußischen Justiz braucht sie auch nicht besorgt zu sein, der geht die „Magdeb. Ztg.“ mehr an, wie die Arbeiter. Wenn sie daher zufrieden ist mit solchen Urteilen, kann es uns auch recht sein. —

— **Drückebergerei.** In den Tischlereien muß seit 1. Januar 2 Pfg. Aufschlag pro Stunde gezahlt werden. Kurz vor Jahresschluß erfolgten in mehreren Werkstätten Entlassungen und Aussetzungen. Unwillkürlich sagten wir uns, daß sich die Herren um den vertraglichen Zuschlag drücken wollten. Den Beweis für diese Vermutung tritt Herr Winkler, Schrotestraße, heute an. Auch dort mußten mehrere Kollegen aussetzen und heute werden durch den „General-Anzeiger“ Tischler gesucht. Pflicht eines jeden rechtlich Denkenden ist's, diese Manipulationen zu nichte zu machen, indem die Werkstatt vorläufig gemieden wird. —

— **Ein ungetreuer Kassierer.** Der Kassierer Friedrich Kobra hier war bei der eingeschriebenen Hilfskasse 81, Kranken- und Sterbekasse, angestellt und unterschlug in etwa 150 Fällen an ihn gezahlte Beiträge in Gesamthöhe von mindestens 347 Mk. Das Schöffengericht verurteilte ihn gestern zu 1 Monat Gefängnis. —

— **Ueber einen Raubanfall** meldet der Polizeibericht: Am 8. d. Mts., abends gegen 8½ Uhr wurde ein Fleischerlehrling aus Rothensee auf dem Wege von Barleben nach Rothensee in der Nähe eines dort stehenden Strohdiemens in räuberischer Absicht von zwei Personen, die sich hinter Bäumen versteckt hatten, angefallen. Der größere von beiden forderte die Herausgabe des Geldes. Als der Lehrling ihn zurückstieß, erhielt er von dem kleineren einen Messerstich. Beide Personen sollen dann auf den jungen Mann eingedrungen sein, der sich mit dem Schlachtemesser verteidigte und dem größeren einen Stich in die Brust, dem kleineren Verletzungen an den Händen beigebracht haben will, worauf beide verschwunden seien. Der größere soll etwa 35—38 Jahre alt sein und starken Schnurrbart haben; er ist von seinem Begleiter, der etwa 20—22 Jahre alt und bartlos gewesen sein soll, angeblich mit „Robert“ angeredet worden. Beide haben

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 10. Magdeburg, Sonnabend den 13. Januar 1906. 17. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung.

Berlin, 11. Januar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Stengel, Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung über die

Reichsfinanzreform und die fünf Steuervorlagen.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Ich kann nicht umhin, auf die vielfachen Angriffe meinerseits zu antworten, doch werde ich mich auf einige Ergänzungen und Erwiderungen beschränken. Ich habe nicht gesagt, die ganze Reichsfinanzreform würde scheitern, wenn der Reichstag einen Stein aus ihr herausnehmen würde; ich habe nur gesagt: wenn Sie einen Stein herausnehmen, so riskieren Sie (schallende Heiterkeit), daß das ganze Gebäude einstürzt. Anders steht es, wenn ein Stein durch beiderseitiges Einverständnis durch einen andern ersetzt wird. — Man wirft uns vor, daß wir Steuern auf Vorrat fordern. Ich fürchte aber, wir haben die Beträge des neuen Zolltarifes schon zu hoch eingesetzt. — Der § 6 des Flottengesetzes wird fortgesetzt gerade von den Parteien ins Feld geführt, die, wie die Freisinnige Volkspartei und die Sozialdemokraten, gegen die Flottenvorlage gestimmt haben. — Der Reichsverfassung widerstreitet die Erbschaftssteuer nicht, die in Preußen unter dem Etat der indirekten Steuern und in Sachsen als Stempelsteuer geführt wird. Die Vorwürfe wegen der Ausgabensteigerung treffen nicht nur die Regierungen, sondern auch die Mehrheit des Reichstags, die doch diese Ausgaben bewilligt hat. Der eigentliche Grund der Finanzmisere liegt darin, daß es seit Jahrzehnten zahlreiche Elemente im Reichstag gibt, die in der Vereitelung einer nachhaltigen Kräftigung der Reichsfinanzen ihre Hauptaufgabe suchen. — Die Abgg. Dr. Wiemer und Dr. Pachnicke haben eine Reform der Branntweinsteuer-Gesetzgebung angeregt. Eine solche ist zwar nicht für immer, wohl aber für den Augenblick unangängig; wenn sie aber kommen wird, so wird sie schwerlich im Sinne derer erfolgen, die sich für eine Abschaffung der Liebesgaben erwärmen. — Ich komme nun zur Brausteuer. Seit meinem Amtsantritt habe ich es als eine meiner Hauptaufgaben betrachtet, dem stetigen Sinken der Brausteuer-Erträge entgegenzuwirken. Wenn der Schanknutzen, der Profit der Gastwirte am einem Liter Bier in Norddeutschland 22,6 Pf. beträgt, so wird das Reich doch wohl berechtigt sein, 1¼ Pf. Steuer pro Liter zu erheben. Die Staffelung hat in Bayern, wenn auch nicht die Zwergbetriebe, so doch die mittleren Brauereien vor der Aufsaugung durch die Großbetriebe bewahrt, dagegen ist in Norddeutschland unter der niedrigen Steuerbelastung bei Verdreifachung der Produktion die Zahl der Betriebe in den letzten 30 Jahren von 13 000 auf 6 000 herabgesunken. Ueber Einzelheiten der Staffelung wird die Regierung gern mit sich reden lassen. Auch in Württemberg hat die Staffelung in weit höherem Grade dem Konzentrationsprozeß entgegengewirkt, als Dr. Südekum gestern zugeben wollte. Das Surrogatverbot ist ein besseres Mittel gegen den Schnapsteufel, als die Verbilligung des Bieres um ein paar Pfennig. In England ist das Bier achtmal höher besteuert als bei uns. Ich verlasse jetzt das Bier und komme zum Tabak. Trotz des Uebergangs von der Pfeife zur Zigarette ist der Konsum des Tabaks auch quantitativ gestiegen. 1879 wurde auch der Ruin der Tabakindustrie und der Tabakarbeiter prophezeit; die Prophezeiung hat sich aber nicht erfüllt; die Zahl der Tabakarbeiter hat auch in Norddeutschland zugenommen, wenn auch natürliche Vorzüge eine gewisse Verschiebung der Tabakindustrie vom Norden nach dem Süden veranlassen; die Löhne der Tabakarbeiter sind gestiegen. Der Tabak ist ein vorzügliches Steuerobjekt, er ist, um von den Monopolländern ganz zu schweigen, in England um das fünffache höher besteuert als bei uns. Die einzige Zigarettenpapierfabrik, die sich in Deutschland befindet, hat über die vorgeschlagene Besteurung des Zigarettenpapiers keine Klage geführt. — Bei den Verkehrssteuern handelt es sich zumeist um Beträge von 5 und 10 Pf., die doch nicht besonders erschwerend wirken können. Die Regierungen sind aber bereit, den Wünschen des Reichstags möglichst weit entgegenzukommen. Die hier gemachten Ausführungen haben die schweren Bedenken der verbündeten Regierungen gegen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Deszendenten und Ehegatten nicht beseitigen können. (Bravo! rechts.) Die Befreiung der Landesfürsten entspricht den in Deutschland herrschenden staatsrechtlichen Grundsätzen; die Bevorzugung des unbeweglichen vor dem beweglichen Kapital entspricht der Tatsache, daß sich das letztere leichter der Kontrolle entziehen kann. — Auf die zahlreichen Steuervorschläge aus dem hohen Hause kann ich jetzt nicht eingehen. Die Regierungen werden das Ergebnis der Kommissionsberatungen abwarten und voraussichtlich zwischen der zweiten und dritten Lesung zu den Reichstagsbeschlüssen Stellung nehmen. Ich schließe mit dem aufrichtigen Wunsch, daß eine Einigung über den vorliegenden Gesetzentwurf zwischen den gesetzgebenden Faktoren erzielt werden möge. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Patzig (natl.): Die Sozialdemokratie will alle indirekten Steuern abschaffen und die großen Vermögen konfiszieren. Dabei stimmt sie nicht einmal für die vorgeschlagene Erbschaftssteuer. (Lachen b. d. Soz.) Obwohl die Reichsfinanz-Vorlage keine Einheit darstellt, müssen wir doch sehen, bis Ostern damit fertig zu werden, damit nicht im Sommer eine beunruhigende Agitation im Lande sich breit macht. — Die Besteurung des Tabaks und Bieres läßt sich nur schwer mit dem § 6 des Flottengesetzes in Einklang bringen. Die Bindung der Matrikularbeiträge nach oben ist in der uns vorgeschlagenen Form unmöglich. Vielleicht lassen sich Matrikularbeiträge und Reichserbschaftssteuer in irgend ein festes Verhältnis bringen. Ueber die Stempelsteuern und namentlich über die Fahrkartensteuer wird sich schwerlich eine Einigung erzielen lassen. Man sollte statt dessen lieber die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung nach Betriebskilometern besteuern, zumal die Einzelstaaten in ihrer Eisenbahnpolitik sehr partikularistisch vorgegangen sind. Die Paketscheinsteuer würde eine kolossale Schädigung gerade der kleineren Betriebe zur Folge haben. (Beifall b. d. Natl.)

Preußischer Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben wendet sich scharf gegen die vom Vorredner vorgeschlagene Besteurung der Einnahmen der Eisenbahnverwaltung. In den letzten Jahren hat die Steigerung der Eisenbahneinnahmen in Preußen längst nicht mehr in dem Maße zugenommen, wie in dem vorigen Jahrzehnt. Nehmen Sie uns die Eisenbahneinnahme weg, so müssen wir die Einkommensteuer erhöhen. (Hört, hört! rechts.) Auch die andern preußischen Staaten (Zuruf: deutschen) — Jawohl, sie sind noch nicht alle preußisch (Heiterkeit) — können nichts von ihren Eisenbahneinnahmen abgeben, ohne binnen kurzem vor den Ruin gestellt zu sein. — Für allmähliche Abschaffung der sogen. Liebesgaben bin ich selbst, schon um der politischen Brunnenvergiftung entgegenzutreten, die von den Gegnern dieser „Liebesgaben" getrieben wird. — Redner verteidigt in weiteren Ausführungen die Brausteuervorlage gegen die Angriffe des Abg. Dr. Südekum. In Preußen wurden nicht weniger als 188 237 Gast- und Schankwirtschaften gezählt. (Vielfaches Hört, hört! rechts.) Wenn diese Zahl sich ein wenig vermindert, so wird das Deutsche Reich noch lange nicht zugrunde gehen. (Gr. Heiterk. rechts.) Die Brausteuer braucht durchaus keine allgemeine Preissteigerung herbeizuführen, namentlich wenn man sich auch in Norddeutschland ein wenig mehr an die Pfennigrechnung gewöhnt und aufhört, alle Beträge auf 5 und 10 Pf. abzurunden. Die Staffelung ist ein durchaus geeignetes Mittel, der Verschlingung der kleinen durch die großen Brauereien entgegenzutreten. In der sozialdemokratischen „Münchner Post" wird ein Arbeiterbudget veröffentlicht, das in mehrfacher Beziehung interessant ist. Bei einem Einkommen von 1730 Mark geben Mann und Frau zusammen allein für Abendbier 73,75 Mark aus, wozu noch ein Posten für Mittag- und Vesperbier tritt. (Hört, hört! rechts.) Derselbe Mann zahlt an die sozialdemokratische Organisation nicht weniger als 86 Mark. (Hört, hört! rechts.) Sapienti sat! (Beifall rechts.)

Abg. Graf Kanitz (kons.): Wir alle sind einig, daß Freiherr von Stengel eine gediegene Arbeit geleistet hat. Hoffentlich befleißigen sich aber die Regierungen in der Zukunft einer größeren Sparsamkeit. Die Hauptschuld an der Steigerung der Ausgaben trägt der Bundesrat. Im Bundesrat sind die Herren viel zu höflich gegeneinander. (Heiterkeit.) Exzellenz hin, Exzellenz her, und schließlich wird alles bewilligt. (Große Heiterkeit.) Der Zolltarif sollte das Mittel sein, um die Finanzen zu sanieren, und ich bedaure, daß das nicht der Fall sein wird. Ohne die Caprivischen Handelsverträge wären unsre Finanzen um 700 Millionen besser als jetzt. Die Herren Singer und Südekum eiferten gegen indirekte Steuern, aber gerade in republikanischen Ländern sind die indirekten Steuern weit höher als in Deutschland. Ich möchte, daß Herr Jaures einmal Gelegenheit hat, hier in Berlin seine Ansichten über den Schutzzoll zu entwickeln; er hat einen Weizenzoll von 250 Frank pro Tonne als unbedingt notwendig für den französischen Landmann gefordert. Dabei stehen die deutschen Landwirte weit schlimmer da als die französischen. Sie leiden unter den hohen Kommunalabgaben und den drückenden Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung. Bei dieser Gelegenheit mochte ich fragen, wann endlich die vom Grafen Posadowsky uns in Aussicht gestellte Vereinheitlichung und Verbilligung der sozialpolitischen Gesetzgebung kommt. Wir haben einen Koloß aufgebaut, der nicht auf festem Boden steht. — Das Nähere über die Steuern gehört in die Kommission. Ich für meine Person würde das Tabakmonopol der Erhöhung der Tabaksteuer vorziehen. Es würde sich auch empfehlen, den Straßenbahnverkehr zu besteuern; den Gesellschaften könnte es überlassen werden, ob sie den einen Pfennig auf das Publikum abwälzen, oder ob sie ihn aus ihren Ueberschüssen zulegen wollen. Was die Erbschaftssteuer betrifft, so ist mir jede Steuer, die auf Schätzung des Vermögens beruht, sehr bedenklich. Die ehrlichen Leute werden die Kosten bezahlen müssen. Ich wollte, die Erbschaftssteuer verschwände, und ein Kohlenausfuhrzoll und ein Weinzoll träte an ihre Stelle. (Beifall rechts. Frhr. v. Stengel drückt dem Redner, als er die Tribüne verläßt, unter großer Heiterkeit des Hauses die Hand.)

Abg. Barbeck (Freis. Vp.) wendet sich scharf gegen die Brau- und Tabak- sowie gegen die Fahrkartensteuer. Nächstens wird man auch wohl gar die Fußgänger besteuern. (Heiterkeit.) Die Postpaketsteuer ist geradezu ein klassisches Beispiel für die Mittelstandsfeindlichkeit der Regierung; die Besteurung der Quittungen ist nichts weiter als eine Besteurung der Ordnung. (Sehr gut! links.) Die Automobilsteuer läßt sich hören, soweit sie sich nicht auf Transportautomobile erstreckt. In Preußen muß jeder Prinz ein Handwerk lernen, am besten wäre, daß er auch eine Zeitlang regulär ein Gewerbe betreiben müßte. (Beifall und Heiterkeit links.)

Abg. Gamp (Rp.): Wir sind keineswegs in Bausch und Bogen für die Steuervorlagen. Ich persönlich stehe der Erhöhung der Tabaksteuer weniger freundlich gegenüber als ein Teil meiner Fraktion. Frhr. v. Rheinbaben betrachtet die Brausteuer zu sehr unter dem Gesichtspunkt der großen Restaurateure; aber angesichts der kümmerlichen Erwerbsverhältnisse der ländlichen Gastwirte erscheint die Erhöhung der Steuer doch recht bedenklich. Für die kleineren Brauereien kann man vom Surrogatverbot absehen. In der Protestversammlung der Brauer sind die kleinen Brauer gar nicht zu Wort gekommen; es handelt sich direkt um eine Fälschung der öffentlichen Meinung, da man ihre Aeußerungen nicht einmal in den stenographischen Bericht aufgenommen hat. — Die Erbschaftssteuer betrachte ich weder als direkte noch als indirekte Steuer, sondern als eine Besteurung von Unglücksfällen. Wohl aber bin ich für eine Besteurung der [illegible] weitläufiger Verwandten, weil sie gewissermaßen einen Lotteriegewinn darstellen. — Ohne die Liebesgaben, wie Sie (nach links) sie nennen, würden gerade die kleinen Brennereien zugrunde gehen. — Ich kann auch mit einer Steuer aufwarten (Heiterkeit), nämlich mit der Inseratensteuer. (Beifall rechts.)

Abg. v. Gerlach (Freis. Vg.): Wenn das allgemeine Wahlrecht einer Vermehrung der indirekten Steuern entgegenwirkt, so sehe ich darin gerade einen besonderen Vorzug dieses Wahlrechts. (Sehr richtig! links.) Wir sind für eine kräftige Reichserbschaftssteuer. Auch die Ehegatten und Deszendenten müssen herangezogen werden, namentlich müssen aber, wofür zu meiner Freude sogar

---

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Klara Müller-Jahnke.

(27. Fortsetzung.)

Am Sonntag vormittag suchte ich Frau Hoffmann auf. Da setzte ich zum erstenmal den Fuß in die jedes freundlichen Schmuckes bare, in die grauen, verwohnten, zerfallenen, himmelhohen Arbeiterkasernen im Nordosten von Berlin.

Das Haus erschien, selbst in dem grellen Julisonnenlichte dieses Vormittags, mir seltsam bekannt. Und ich hatte es doch erst ein einziges Mal im Leben gesehen: in herbstlichem Dämmerlicht und blendendem Blitzesschein. Ich ging durch den engen, hohen Korridor des Vorderhauses, über den ersten Hof und wiederum durch schmutzige, graue Flure, in denen blasse Kinder lärmten. Ein verkrüppelter, etwa zehnjähriger Junge schien der Anführer der Bande zu sein. Im Vorübergehen streifte ich ihn mit dem Kleide, und unsere Blicke trafen sich, wobei eine seltsame Aehnlichkeit mit irgend jemand, den ich kannte, aber nicht zu nennen wußte, mir in die Augen sprang. Doch ich hatte keine Zeit, um tiefer darüber nachsinnen zu können. Abermals mußte ich über einen Hof, und dann ging es linker Hand vier enge, ausgetretene Stiegen empor, die mich hoch und höher führten, bis fast in den Himmel hinauf.

Drei Türen dort oben! Verlegen stand ich im Dämmerdunkel des Vorraums; Visitenkarten kennt man in diesen Regionen nicht. Lange Zeit war ich unschlüssig, an welcher Tür ich Einlaß begehren sollte, bis mich ein lautes Sprechen hinter der mittleren aufmerksam machte.

Eine Männerstimme! Nicht doch — die Frau wohnte ja allein. Aber sie hatte soeben ein schweres Wochenbett überstanden, und vielleicht war der Arzt bei ihr oder irgend ein guter Nachbar. Das leise Weinen eines kleinen Kindes bestärkte mich in der Vermutung, daß dies die rechte Pforte sei. Ich klopfte also, trotz eines beklemmenden Gefühls, etwas zaghaft an die mittlere Tür.

Sie wurde von innen geöffnet — ohne „Herein". Die Gesuchte stand auf der Schwelle. Ein schwaches Rot, das sie merkwürdig verschönte, ging über ihr Gesicht. „Oh Jott — dat Fräulein aus die Fabrik!"

Hinter ihr stand ein Mann. Einer der Männer, die ich so oft gesehen. In grauer Jacke, mit fahlem Gesicht, mit tiefgefurchten Zügen und glattrasiertem Kopf. Der trat mit brüsken Schritten vor mich hin und starrte mir dreist ins Gesicht.

„Aus wo'ne Fabrike? Aus Deiner?" —

„Sei stille doch, Fritze." Schüchtern kam es von des Weibes Lippen. Dann wandte sie sich entschuldigend an mich. Ihr Mann sei soeben „zurückgekommen". Und habe geschimpft, weil sie schon wieder in die Fabrike gegangen sei und das Kleine so allein gelassen habe, wo ihnen „doch man vor knapp 'nem Vierteljahr det Aelteste druffjegangen wäre —"

O Du Liebling, Du! Ich befand mich in einer tödlichen Verlegenheit. War gekommen in einer glückseligen Mission, in der ich mich fast ein helfender Engel gedünkt, und stand nun da wie ein gescholtener Schulbub. Der Mann dort, der soeben aus dem Gefängnis entlassen worden war, genierte mich unglaublich, und vor der Frau schämte ich mich. Das Gold brannte mir in der Hand. Meine Blicke überflogen hilflos den unwohnlichen, fast kahlen Raum. Ein großer, weißgescheuerter Tisch. Zwei wacklige Stühle, zwischen den mit vielfach gestopften Gardinen verhängten Fenstern eine alte Kommode, auf der zwei Sträuße verblichener Papierrosen ein erinnerungschmerzliches Dasein führten, — und da — aber da —!

Unaufgefordert trat ich in die Stube, ging direkt auf den Waschkorb zu, der wie ein Rettungshafen in Sicht kam, und beugte mich tief über den blaukarierten Kissenbezug zu dem weinenden, kleinen Wesen darin hinab.

„Ist's ein Junge, Frau Hoffmann?"

„Ja, Fräuleinchen. Wie unser Erster. Und nu braucht er doch ooch nich mehr zu schimpfen. Er hat ja wieder eenen!" Ein tränenschwerer Blick traf mit scheuem Vorwurf den Mann, der noch immer brummend an den Tisch gelehnt stand.

Ich strich vor lauter Verlegenheit das karierte Kissen in dem Waschkorb glatt. „Ja . . . und, Frau Hoffmann, wissen Sie: wenn Sie sich noch schwach fühlen und Ihr Mann schilt, dann sollten Sie in dieser Woche noch nicht zur Arbeit kommen. Herr Leonhard hat mich beauftragt, Ihnen — —"

Weiter kam ich nicht. Ich hatte das Geld auf das Kinderbettchen gelegt und sah mich nun hilflos um, wie ich am besten wieder hinauskäme.

Diesmal schob die Frau das Goldstück nicht zurück. Sie deckte vielmehr hastig die Hand darüber, als ob sie es den Blicken des Mannes entziehen wollte, und flüsterte zurück: „Sie haben sich also nicht verjäbt jehabt, Fräuleinchen! Ich dank Ihnen ooch schön. Aber zu mir is Herr Leonhard nich so gut, so muß er et woll zu jemand anders sind. Sehen Se sich vor, Fräuleinchen."

Da war es ausgesprochen, was mir so schwer auf dem Herzen gelegen, und wofür ich die Worte nicht gefunden hatte. Ich drückte der Frau die harte Hand und ging an dem Manne, der aus meinem Besuch offenbar noch nicht klug werden konnte, mit kurzem Gruß vorbei. Um keinen Preis der Welt hätte ich an den entlassenen Sträfling ein Wort gerichtet.

Draußen atmete ich tief auf. Dieser erste Wohltätigkeitsbesuch war so ganz anders verlaufen, als ich in [illegible] kindlichen Einbildungskraft ihn mir ausgemalt hatte. [illegible] ein bitterer Geschmack war zurückgeblieben. Ich [illegible] den dunklen Flur, wie von unsichtbaren Mächten [illegible]. Auf der Schwelle saß der kleine Krüppel und [illegible] mit einer schwarz und weiß gefleckten Katze, der er zur Kurzweil Holzstückchen an den Schwanz zu binden versuchte.

Ich blieb stehen, indem ich halb gedankenlos dem Treiben des Knaben zusah. Das Kätzchen, dem das Spiel unbequem zu werden schien, bediente sich der ihm von der Allmutter verliehenen Waffe und zeichnete dem Jungen eine lange, blutige Spur auf die Hand.

„Das war Dir recht," sagte ich unwillkürlich laut.

Der Knabe, der schon die Hand zum Schlag erhoben hatte, sah überrascht empor, und zum zweitenmal blickte ich in ein großes, dunkles Augenpaar, das ich gut kannte.

Veronika Märtens!

(Fortsetzung folgt.)

Herr Gamp zu haben ist, die Erbschaften entfernter Verwandten ganz besonders scharf besteuert werden. Im schweizer Kanton Uri werden Abgaben bis 75 Prozent bei entfernten Verwandtschaftsgraden erhoben. Es ist erfreulich, daß Herr v. Rheinbaben, wenn auch nur ganz leise, an die Aufhebung der Branntwein-Liebesgaben herantreten will. Hoffentlich bleibt das nicht eine bloße Redensart. Daß Herr v. Rheinbaben die Eisenbahneinnahmen verteidigt wie die Löwin ihr Junges, ist nicht verwunderlich, aber der Gedanke des Kollegen Patzig, die Eisenbahneinnahmen durch das Reich zu besteuern, ist ebensowenig von der Hand zu weisen wie der Gedanke einer Weinsteuer, vorausgesetzt, daß nur die Getränke der Wohlhabenden getroffen werden. — Das Gute dieser Vorlagen ist, daß das Volk sich einmal eingehend damit beschäftigt, wie eigentlich Steuern bei uns aufgebracht werden. (Beifall links.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. (Daneben kleine Vorlagen.)

Schluß 6½ Uhr. —

Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, den 11. Januar 1906.

Eröffnung 4¼ Uhr.

Einige belanglose Sachen werden debattelos erledigt. Der **Verlängerung des** mit dem Molkereibesitzer Joseph Hersche über die Verpachtung eines Platzes an der südlichen Seite des Altans auf Bastion Cleve zur **Aufstellung einer Milchtrinkhalle** abgeschlossenen **Vertrags** auf weitere 6 Jahre bis zum 31. März 1912 und der Ermäßigung des bisherigen Pachtzinses von jährlich 400 Mark auf jährlich 200 Mark wird zugestimmt. — Bei der Vorlage betreffs **Weitervermietung der Wirtschaftsräume des Ratsweinkellers** (einschließlich der Wohnung des Ratskellerwirts) an die Firma Sanner u. Lange Nachf. auf weitere 10 Jahre vom 1. Juni 1906 bis 31. Mai 1916 gegen Zahlung eines jährlichen Mietzinses von 7300 Mark regt Stadtv. Görnemann an, den Ratskeller zu renovieren und künstlerisch auszugestalten. Stadtv. Niemann erhebt die Anregung zum Antrag. Während der Renovierung müsse das Lokal geschlossen werden. Nach längerer Diskussion, in der u. a. auf den zweifelhaften Verkehr im Ratskeller hingewiesen wird, wird dementsprechend beschlossen und die Magistratsvorlage genehmigt. Mit der Firma Sanner u. Lange soll wegen eines Beitrags zu den Kosten der Renovierung verhandelt werden.

Die Vorlage betreffs Zustimmung dazu, daß 1. dem Ueberfahrer Hermann Köhling hier die **Fährgerechtigkeit zwischen Bastion Cleve und dem Stadtmarsch** gegen Zahlung von jährlich 150 Mark Fährpacht auf die 6 Jahre vom 1. April 1906 bis 31. März 1912 übertragen wird, und 2. dem Badeanstalts-Besitzer Emil Nordt hier die **Beförderung von Personen mittels Dampfern** auf der Elbestrecke zwischen Strombrücke und Salzquelle gegen Zahlung von jährlich 10 Mark Anerkennungsgebühr auf die sechs Sommer 1906 bis 1911 gestattet wird, wird nach langer Debatte, in der eine Reihe Wünsche über Vertragsdauer, Anlegestellen, Fahrplan, Dampferverkehr zwischen Herrenkrug und Salzquelle und dergleichen geäußert werden, Kommissionsberatung beschlossen. Der Kommission wird etwa ein Dutzend während der Debatte gestellter Anträge überwiesen.

Der Erhöhung einiger Ausgabetitel des **Schulkassenhaushaltplans** für 1905 um zusammen 1400 Mark wird zugestimmt.

10 800 Mark werden zur Legung eines Gasrohres und Anbringung von acht Wandlaternen in der St. Michaelstraße, 27 000 Mark zur Auswechslung von Wasserrohren in mehreren Straßen des Stadtteils Buckau, 5800 Mark zur Pflasterung des Fahrdammes der Pestalozzistraße, 39 900 Mark zur Pflasterung des Fahrdammes und des Bürgersteiges der Böttcherstraße zwischen Sandtorstraße und Königsbrücke und 6500 Mark zur Kanalisierung der Kaiser-Friedrichstraße zwischen Goethestraße und Schrotestraße und der Schrotestraße westlich der Kaiser-Friedrichstraße bewilligt.

Zu der Vorlage [illegible] beantragt Stadtv. [illegible], an beiden Seiten der Straßen einen 5 Meter breiten Bürgersteig anzulegen. Der Antrag wird jedoch abgelehnt.

Der Uebernahme der Provinzial-Meisterkurse seitens der Stadt Magdeburg wird zugestimmt, desgleichen der Bebauung des Grundstücks des Spar- und Bauvereins an der Todendorferstraße zwischen der Krupp- und Helmholtzstraße.

Haushaltpläne für 1906.

Es folgt die Weiterberatung des Haushaltplans der städtischen **öffentlichen Anlagen und Erholungsanstalten.** Stadtv. Kobelt beschwert sich beim Einnahmetitel „Herrenkrug“ über die in dem Lokal stets herrschende schlechte Luft. Vom Magistrat wird erklärt, daß bauliche Veränderungen bevorständen, bei denen Herrn Kobelts Anregung berücksichtigt werden könnte.

Stadtv. Odemar beantragt die Einsetzung eines besonderen Wirtschafts-Ausschusses oder ev. die Verstärkung der Gartendeputation, zieht aber nach kurzer Beratung seinen Antrag zurück.

Stadtv. Bartels bemängelt das geringe Interesse der Bürgerschaft an den Gruson-Gewächshäusern, das durch den geringen Kartenverkauf zum Ausdruck käme.

Nach unbedeutender Debatte bei dem Ausgabe-Etat wird der Etat, der einen Zuschuß von 61 000 Mark erfordert, genehmigt.

Stadtrat Reimarus stellt noch eine Reihe von Vorlagen betr. die städtischen Erholungsanstalten in Aussicht.

Bei dem **Haushaltplan der Friedhofs-Verwaltung** wird ein Antrag angenommen, den Leuten, die ihre Grabstellen selber in Ordnung bringen, die Erde dazu gratis zu liefern.

Der Etat wird genehmigt. Er schließt in Einnahme mit 218 000 Mk. und in Ausgabe mit 136 700 Mk. ab.

Als Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung bei der am Montag den 15. Januar 1906 in Berlin stattfindenden außerordentlichen Tagung des preußischen Städtetags zur Beratung und Beschlußfassung über den dem preußischen Landtage vorliegenden Gesetzentwurf betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen werden die Stadtvv. Pape und Arendt bestimmt.

Dann wird um 7 Uhr die öffentliche Sitzung geschlossen und in eine nichtöffentliche eingetreten. —

Aus der Parteibewegung.

-e- **Vor den Kadi muß die „Leipziger Volkszeitung“** wegen angeblicher Beleidigung der zweiten sächsischen Ständekammer. Gleich der Regierung erblickt auch die Gesetzgebungskommission der Kammer, die sich auf Antrag des Justizministeriums mit dem Artikel „Bitte in Sachsen“ beschäftigt hat, in dem Artikel eine Beleidigung der zweiten Ständekammer und beschloß, beim Plenum der Kammer zu beantragen, gegen die „Leipziger Volkszeitung“ auf dem Klagewege vorzugehen. Da der reaktionäre Landtag den Antrag — wie früher bei ähnlichen Gelegenheiten schon — zum Beschluß erheben wird, steht also eine Justizaktion bevor, bei der sich die sächsische Regierung gewiß Lorbeeren holen wird. Oder nicht? In ihrer heutigen Nummer teilt unser Leipziger Parteiblatt mit, daß wegen **fünfzehn verschiedener Artikel**, die zwischen dem 4. Dezember und den ersten Januartagen in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen sind, gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Heinig, **Anklage erhoben worden ist. Das ist der weiße Schrecken**, mit dem man nun in Sachsen dem „roten Schrecken“ begegnen will. Der Unterschied zwischen beiden besteht nur darin, daß ersterer seinen Namen mit Recht führen wird, wenn die Justiz in Sachsen so weiter wirtschaftet. —

Gewerkschaften und Partei. In Hamburg hatte sich das Gewerkschaftskartell in zwei Sitzungen in eingehender Weise mit dem Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften beschäftigt und eine Resolution angenommen, in der es den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zur Pflicht gemacht wird, die Partei durch Beitritt zu der Organisation und Lesen der Parteipresse zu unterstützen. Diese Resolution des Kartells wird nun in den Gewerkschaften den Mitgliedern dringend der Beachtung empfohlen. Einen Schritt weiter gingen noch die Maschinisten und Heizer, die in ihrer letzten Versammlung folgenden Antrag annahmen: „Es ist Pflicht eines jeden Mitglieds, welches Inhaber eines Ehrenpostens innerhalb der Zahlstelle ist, auch aktives Mitglied des in Betracht kommenden sozialdemokratischen Vereins zu sein.“ Das Beispiel verdient Nachahmung auch bei den Gewerkschaften außerhalb Hamburgs. —

Zum ersten Beigeordneten der Gemeindevertretung zu Bant in Oldenburg wurde der Genosse Paul Hug gewählt. Hug war früher schon einmal zum Beigeordneten und sogar zum Gemeindevorsteher gewählt, aber nicht bestätigt worden. Jetzt wird es ihm wohl gerade so gehen. —

g. **Ein sozialdemokratischer Nörgler** wurde bei der letzten Gemeindewahl in Estenfeld bei Würzburg gewählt. Der Mann machte sich bei den die Ruhe liebenden ultramontanen Gemeindevätern sofort äußerst unbeliebt, weil er außerordentlich neugierig war und seine Nase in alle Dinge steckte, die ihn nach der Meinung seiner schwarzen Kollegen nichts angingen. Schließlich verlangte er gar von dem Gemeindekassierer Walz, einem großen Zentrumsagitator und Sozifresser, eine genaue Abrechnung über die Kasse. Darob war der Mann sehr indigniert, aber der hartnäckige Nörgler ließ nicht locker und beschuldigte zuletzt den Herrn Kassierer frei und offen, daß er große Unterschlagungen zum Nachteil der Gemeinde begangen habe. Nun stellte der Herr Klage gegen unsern Genossen, aber er wartete das Ergebnis nicht ab, sondern nahm plötzlich französischen Abschied. Wie sich jetzt herausgestellt hat, sind die Unterschlagungen sehr umfangreich. Wäre nicht der rote Hecht in den schwarzen Karpfenteich gekommen, so hätte der Mann seine Gaunereien noch jahrelang fortsetzen können. —

Berichtigung. In unsrer gestrigen Notiz über die Komplettierung der „Vorwärts“-Redaktion hat der Druckfehlerteufel aus dem Genossen Block in Dresden einen bisher ganz unbekannten Blell gemacht. —

Gewerkschaftsbewegung.

Ueber die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905 schreibt das „Correspondenzblatt“ u. a.: „Für die organisatorische Entwicklung der Gewerkschaften war schon das Jahr 1904 das erfolgreichste. Der Mitgliederzuwachs von 175 000 Mitgliedern, den es brachte, schien kaum noch übertroffen werden zu können. Aber gerade das letztverflossene Jahr bewies uns, daß die Gewerkschaften erst im Anfange ihrer Machtentfaltung stehen und daß ihr Aufschwung noch bedeutender Steigerungen fähig ist. Nach den uns zurzeit vorliegenden Abrechnungen von 38 Organisationen verzeichnen diese allein binnen Jahresfrist eine Zunahme von 90 000 Mitgliedern. Dabei sind indes gerade eine Reihe der größten und erfolgreichsten Gewerkschaften unvertreten, da dieselben nur Jahresabrechnungen veröffentlichen. Nun stieg aber die Auflage des Organs des Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1905 von 207 500 auf 265 300 Exemplare, also um 57 800, die des Organs des Zentralverbandes der Maurer von 140 000 auf 175 000, also um rund 35 000 Exemplare, und die der „Bergarbeiter-Zeitung“ nach dem großen Kampfe im Ruhrgebiet von 90 000 auf 155 000, also um 65 000 Exemplare. Mehr als 150 000 neue Leser hat also das verflossene Jahr allein diesen drei Gewerkschaftsorganen gebracht. Auch weitere Verbände, deren Ziffern noch nicht vorliegen, haben bedeutende Erfolge gemacht. Unter diesen Umständen können unsre Gewerkschaften im verflossenen Jahre mit einem **Mitgliederzuwachs von 200000 bis 250000 sehr wohl rechnen.** Wenn sich diese Entwicklung im laufenden Jahre im gleichen Verhältnis fortsetzt, woran gar nicht zu zweifeln ist, so dürfte im zweiten oder dritten Quartal die Zahl von 1½ **Millionen Mitgliedern** erreicht sein. Daß dieses Fazit eintritt, dafür sorgt nicht bloß das Unternehmertum mit seiner Aussperrungstaktik, die es allem Anschein nach auch künftig trotz ihrer gegenteiligen Erfolge zur Anwendung bringen wird, sondern auch die besseren organisatorischen Einrichtungen und das Unterstützungswesen der Gewerkschaften, die je länger, um so deutlicher ihre günstigen Wirkungen äußern.“ —

In sämtlichen Krefelder Zeugdruckereien haben am Sonnabend den 6. Januar die Arbeiter die Kündigung eingereicht, die am Abend desselben Tages ablief. Schon vor mehreren Wochen hatten die Zeugdrucker einen Lohntarif eingereicht, bezüglich dessen Einführung mehrfache Verhandlungen zwischen einer von den Arbeitern gewählten Lohnkommission und einer Kommission der Unternehmer unter Hinzuziehung eines Vertreters des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter stattfanden. Die von den Arbeitgebern gemachten Konzessionen genügten jedoch den Arbeitern nicht, und es wurde in einer am Freitag abend stattgefundenen öffentlichen Zeugdruckerversammlung beschlossen, am Sonnabend morgen die Kündigung einzureichen. Zuzug ist fern zu halten. —

Die Bauarbeiteraussperrung in Halberstadt ist beendet. Die Maurer und Bauarbeiter haben die neuen kürzlich von dem Arbeitgeberverbande aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt und gestern die Arbeit wieder aufgenommen. —

Christliche Arbeiter und christliche Unternehmer. Die Arbeiter der Firma Wintgens, Eisengießerei in Eupen (Rheinpr.), gehören fast alle dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband an. Nachdem in den übrigen Betrieben der Metallbranche des Ortes die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt worden war, stellte man diese Forderung auch an die genannte Firma. Als Antwort verlangte der Unternehmer, daß die Leute aus ihrem Verband austräten, und als das nicht geschah, wurden sie jetzt nach vorhergegangener Kündigung von dem Unternehmer ausgesperrt. —

Kinder als Streiksünder angeklagt! Vor dem Schöffengericht in Köln standen vier schulpflichtige Knaben und vier Schreinergesellen. Sie sollen versucht haben, während des Kölner Bautischlerstreiks die bei dem Schreinermeister Buch arbeitenden Gesellen, insbesondere die Schreiner Mittler und Marten, durch „Gewalt“ zur Einstellung der Arbeit zu nötigen, die Schüler auch mit Steinen auf Menschen geworfen haben. Die Arbeitswilligen wurden abends von der Werkstätte **in einem Wagen nach Hause gefahren**, wobei es geschah, daß sie mit Steinen beworfen wurden. Einer der Arbeitswilligen wurde am Kopfe und am Arm getroffen. Drei von den Schulknaben gestanden vor Gericht, sich an dem Werfen beteiligt zu haben. Auch andre noch strafunmündige Knaben hatten mitgeworfen. Es kann als erwiesen erachtet werden, daß eine Anstiftung der Knaben durch Ausständige nicht stattgefunden hat. — Das Gericht sprach die vier Ausständigen frei, da keiner der Zeugen ihnen etwas anhaben konnte. Die drei Schüler wurden auf Grund ihres Geständnisses zur Strafe des Verweises verurteilt. —

Provinz und Umgegend.

Kl.-Ottersleben, 12. Januar. (Zur Beachtung!) Auf die am Sonnabend den 13. Januar, abends 8½ Uhr, stattfindende Volksversammlung bei Schütze sei nochmals hingewiesen. Herr Doktor Kramer-Magdeburg wird über „Gottesglaube und Sklavenmoral“ sprechen. Die Herren Lehrer und der Herr Geistliche unsres Ortes sind ebenfalls eingeladen. Männer und Frauen! Es ist hier einmal Gelegenheit geboten, zu hören, welche Mißstände noch in unsrer heutigen christlichen Weltordnung existieren. Um mit diesen zu brechen und auch um zugleich zu protestieren gegen alle Verdummungspolitik ist es Pflicht eines jeden Einwohners, zu erscheinen. Lasse sich keiner durch etwas zurückhalten, damit die Versammlung eine imposante wird. Auch sei gleich noch auf die am Sonntag den 14. Januar stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, daran teilzunehmen. Das Weitere wird in der Versammlung bekannt gegeben. —

Niederndodeleben, 12. Januar. (Flugblattverbreitung.) Die Genossen von Niederndodeleben und Schnarsleben werden ersucht, sich zahlreich an der Flugblattverbreitung am 14. Januar zu beteiligen. Die Flugblätter sind am Sonnabend den 13. Januar bei dem Genossen Friedrich Freicht in Schnarsleben in Empfang zu nehmen. —

Olvenstedt, 12. Januar. (Freiwillig aus dem Leben geschieden) ist am Mittwoch der frühere Kreisvertrauensmann unsrer Partei für den Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Genosse Zimmerer Gustav Hochbaum. Er hat sich erhängt. Während seiner mehrjährigen Tätigkeit als Vertrauensmann hat er sich um die Ausbreitung der Sozialdemokratie mit Eifer bemüht. In den letzten Jahren war er zwar nicht mehr öffentlich tätig, doch hat er im stillen immer noch seine Pflicht als Parteigenosse erfüllt. —

Westerhüsen, 12. Januar. (Flugblattverbreitung.) Parteigenossen! Es ist dringend notwendig, sich an der Flugblattverbreitung am Sonntag den 14. Januar, morgens 7 Uhr, zu beteiligen. Die Genossen für Salbke treffen sich beim Genossen Julius Hahn, Lagerhalter, und die Genossen für Westerhüsen und Welsleben beim Genossen Ortel, Lagerhalter, zur Empfangnahme des Materials; bei schlechtem Wetter fahren die Genossen per Bahn ¾8 Uhr nach Welsleben. —

Aschersleben, 10. Januar. (Volks-Theatervorstellung.) Auf Beschluß der Stadtverordneten sollen monatlich zwei Volks-Vorstellungen stattfinden. Die erste Vorstellung findet am 13. Januar im „Kaiserhof“ statt. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pfg. Zur Aufführung gelangt „Kabale und Liebe“, Schauspiel in 5 Akten von F. v. Schiller. Bisher unternahm es das Gewerkschaftskartell in Gemeinschaft mit dem Volksverein, billige Volksvorstellungen zu veranstalten. Diese jetzt mit Hilfe städtischer Subvention veranstalteten Vorstellungen verdienen die gleiche Beachtung. Die Arbeiterschaft muß durch rege Teilnahme beweisen, daß es ihr ernstlich darum zu tun ist, auf dem Gebiete der Kunst vorwärts zu schreiten, um gleichzeitig dadurch die Garantie für Beibehaltung der Subvention zu geben. Genosse Greiner hat den Verkauf von Eintrittskarten übernommen. —

— (Jagdunglück.) Bei der am 10. Januar abgehaltenen Treibjagd an der Quenstedter Chaussee durchbrach ein Hase die Schützenlinie und lief nach dem sogenannten Kirschberg zu. Dort war eine größere Anzahl Kinder mit Spielen beschäftigt. Einer der beteiligten Schützen verfolgte den Hasen und feuerte auf denselben. Hierbei wurde einem Knaben ein Auge total zerstört. Hoffentlich ist der übereifrige Schütze ermittelt, daß er zur Rechenschaft gezogen werden kann. —

Burg, 12. Januar. (Der Erfolg verpflichtet.) Die Stadtverordnetenstichwahl ist vorüber. Tage angestrengter Tätigkeit und großer Aufregung liegen hinter uns. **Wir haben gesiegt!** Welchen der hiesigen Arbeiter erfüllte dies am 10. Januar nicht mit Freude und Stolz? Es war ein Ereignis für Burg, wie es wohl vorläufig kein zweites gibt. Die Spannung war, wie vorauszusehen, am dritten Wahltage eine ungeheure. Wer wird siegen? Das war die Frage, welche sich jeder Arbeiter vorlegte. Mit großer Erbitterung wurde auf beiden Seiten gestritten. Was nur irgend möglich war, wurde getan, um den Sieg zu erringen. Die Gegner haben mit dem Mute der Verzweiflung gekämpft. Sie haben an den Wahltisch herangeschleppt, was sie nur heranschleppen konnten. Ihre Wähler rekrutierten sich zum größten Teil aus Beamten, die denn auch fast bis zum letzten Mann an den Wahltisch — herangezogen wurden. Aus innerer **Ueberzeugung** werden sie die bürgerlichen Kandidaten nicht gewählt haben, sondern nur, weil es **öffentliche** Wahl war, sahen sie sich gezwungen, die bürgerlichen Kandidaten zu wählen. Namentlich am dritten Wahltage boten unsre Gegner ihr möglichstes auf, um uns niederzustimmen. Vom frühen Morgen an waren ihre Schlepper in Tätigkeit, um ihre säumigen Wähler an ihre Wahlpflicht zu erinnern. Und sie haben hier mit großer Routine gearbeitet. Bürgerliche Wähler mußten sich den Besuch der Herren viermal, ja fünfmal gefallen lassen. Half dieses nicht, so gingen noch einmal zwei Mann zu dem Betreffenden, um ihn gleich mitzunehmen. Doch war alle Liebesmüh' vergebens, denn um 2 Uhr nachmittags wurde der Sieg unsrer Kandidaten proklamiert. Schon mittags sah man einzelne Trupps von Arbeitern vor dem Rathause stehen und sich über den Ausfall der Wahl unterhalten. Gegen 2 Uhr mochten wohl rund 200 Personen vor dem Rathause anwesend gewesen sein, um das Resultat zu erfahren. Als die Wahlhandlung geschlossen und das genaue Resultat bekannt war, löste sich die Spannung in brausende Hochrufe aus. Ist die Majorität auch nur gering, wir haben aber gesiegt. Die Gegner hatten: Tiesenbach 640, Herger 638 Stimmen. Unsre Genossen Blumtritt und Stollberg hatten je 645 Stimmen, also 5 Stimmen mehr. **Die ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten** ziehen somit in das hiesige Stadtparlament ein. Jedoch: **Der Erfolg verpflichtet!** Im November d. J. finden wieder Stadtverordnetenwahlen statt. Eine große Anzahl Arbeiter hat Bürgerbriefe erhalten, aber noch nicht bezahlt. **An sie richten wir hiermit die dringende Aufforderung, bis zum 1. Juli dieses Jahres ihr Bürgerrechtsgeld zu bezahlen, damit sie bei der im November stattfindenden Wahl auch wählen können, damit unsre Kandidaten mit einer größeren Majorität gewählt werden.** Arbeiter Burgs! Tut eure Schuldigkeit hierin, agitiert überall! Bedenkt, daß die Bürgerlichen noch einmal versuchen werden, zu retten, was zu retten ist. —

Burg, 12. Januar. (Festgenommen) wurde der flüchtige Hilfstrompeter Heller vom hiesigen Artillerie-Regiment. Derselbe hatte im Oktober vorigen Jahres einen größeren Geldbetrag, der ihm zur Ablieferung übergeben war, unterschlagen. —

Gardelegen, 12. Januar. (Aus Furcht vor Strafe) wegen eines geringfügigen Vergehens hat sich das elfjährige Mädchen Alma Rex ertränkt. —

Groß-Salze, 10. Januar. (Flugblattverbreitung.) Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag früh ein Flugblatt zu den preußischen Landtagswahlen verbreitet werden soll. Es ist Pflicht jedes Genossen, an dieser Verteilung teilzunehmen. Das Material wird Sonnabend abend in „Stadt Hamburg“ verteilt. Hierzu mögen sich die Genossen zahlreich einfinden, je mehr kommen, desto schneller ist die Arbeit erledigt. Auf zur Flugblattverbreitung! —

Gr.-Salze, 11. Jan. (Idyllische Straßenbilder.) Einen großen Fortschritt hat Gr.-Salze mit seinen Badeanlagen zu verzeichnen. Bisher konnte man in Gr.-Salze-Elmen Solbäder, Dampfbäder und Lindenbäder bekommen. Jetzt ist ein großartiges Schlammbad, Morastbad, hinzugekommen. Dasselbe befindet sich auf der Welslebersstraße, vor dem Gasthof zur Industrie, unentgeltlich zu benutzen von jedermann. Täglich gehen Tausende von Personen die Welslebersstraße entlang, welche diese wunderbare Einrichtung anstaunen. Doch Scherz beiseite. Nämlich die Welslebersstraße vor dem Gasthof zur Industrie befindet sich in einem Zustand, welcher jeder Beschreibung spottet. Voll Schlamm und Wasser sind dort der Fahrdamm und das Trottoir. Die Fuhrwerke fahren vielfach auf das Trottoir hinauf, so daß das Trottoir sich in einem ganz miserablen Zustand befindet. An die Fenster der Häuser

fliegt der Dreck bei dem Fahren der Lastwagen. Aber nichts ist bis jetzt von der Stadtverwaltung unternommen worden, um Abhilfe zu schaffen. Die Wächter für Ordnung und Sitte, die sonst ein sehr scharfes Auge haben, wenn es gilt die Arbeiter abzufangen, die mit dem Fahrrad auf dasselbe Trottoir hinauffahren, auf das die schweren Lastwagen des Herrn Kommerzienrats Allendorff, Postwagen, Milchwagen usw. fahren, scheinen jetzt in einen Winterschlaf verfallen zu sein. Wir möchten allen Vereinen und Korporationen von Gr.-Salze und Umgegend, welche ein Interesse an diesen wunderbaren Schlamm- und Morastbädern haben, raten, einen Ausflug dorthin zu unternehmen, um die Geschichte einmal in Augenschein zu nehmen. Es wird niemand leid tun. Man wird gewahr werden, daß die Zustände noch schlimmer sind wie hier geschildert. —

Halberstadt, 11. Januar. (Achtung, Parteigenossen!) Am Sonntag geht's aufs Land. Es soll ein Flugblatt verbreitet werden. Wir erwarten, daß sich genügend Genossen zur Verfügung stellen, damit sämtliche Orte in unserm Verbreitungsbezirk berücksichtigt werden können. Das Material ist am Freitag von abends 6 Uhr ab in Bollmanns Lokal abzuholen. —

g. **Halle,** 10. Januar. (Ein interessanter Preßprozeß) sollte heute das Schöffengericht beschäftigen. Der Inhaber der Firma O. Kunau in Hamburg, Vertreiber der amerikanischen Strickmaschinen „Bienenkorb", klagt gegen den Redakteur Genossen Molkenbuhr vom „Volksblatt", weil dem Privatkläger vorgeworfen worden war, er habe die Käufer seiner Maschine getäuscht; die Abnehmer wären einem Schwindel zum Opfer gefallen. Jene Firma hat die Maschine in der gesamten deutschen Presse bei Barzahlung für einen Preis von 150 Mark inseriert, unter der Garantie, daß man bequem 5 Mark pro Tag damit verdienen könne, und die Firma die gestrickten Waren aufkaufe. Auf das Inserat, das auch im „Volksblatt" stand, sind Tausende hineingefallen und in Hamburg, Berlin und andern Großstädten haben „Protestversammlungen armer Hineingefallener" — so berichtete man seinerzeit — stattgefunden, in denen die Reklame als Schwindel bezeichnet und der Hamburger Staatsanwalt zum Einschreiten ersucht wurde. Genosse Molkenbuhr erklärte, er sei verpflichtet gewesen, die Leser vor dem Ankauf der Maschinen zu warnen und bot den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung an. Das Gericht beschloß Zeugen und Sachverständige zu laden und die Untersuchungsakten gegen Kunau vom Hamburger Staatsanwalt einzufordern, weshalb die Sache vertagt wurde. —

Neuhaldensleben, 11. Januar. (Lichtbildervortrag.) Gegen 500 Personen füllten am Sonntag unser Parteilokal, ein seltenes Ereignis. Genosse Grempe-Berlin hielt einen Vortrag über die Freiheitskämpfe in Rußland, illustriert durch Lichtbilder. In ausgezeichneter Weise verstand es der Redner, über die Vorgänge und deren Ursachen zu berichten, oft unterbrochen von stürmischem Beifall. Hoffentlich wird dieser Sympathiebeweis für die Freiheitskämpfer noch reiche Früchte tragen. Auch der Gesangverein „Einigkeit" trug durch Vortrag stimmungsvoller Lieder zum Gelingen des Ganzen bei. —

Neuhaldensleben, 11. Januar. (Lohnbewegung.) In den beiden Handschuhfabriken Reinelt u. Rühl und Herzmann beschlossen die Handschuhmacher einstimmig, in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Zuzug ist natürlich fernzuhalten.

Salzwedel, 12. Januar. (Ein gestrauchelter Bürgermeister.) Die Strafkammer in Nordhausen verurteilte nach siebenstündiger Verhandlung den früheren hiesigen Bürgermeister Paul Preiß wegen widernatürlicher Unzucht zu einem Jahr Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust sowie zum Verlust aller öffentlichen Aemter. Der Angeklagte wurde sofort verhaftet. Zwei frühere Musikerlehrlinge, die jetzt beim Militär stehen, wurden wegen Beihilfe zu 6 bzw. 1 Woche Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. In der Urteilsbegründung wurde strafschärfend hervorgehoben, daß der Angeklagte seine amtliche Stellung arg mißbraucht habe. Bürgermeister Preiß hatte seinen Bürgermeisterposten in unserer Stadt vor Ablauf seiner zwölfjährigen Wahlperiode freiwillig verlassen, nachdem die Stadt mit ihm die Vereinbarung getroffen, daß ihm außer einer einmaligen Abfindungssumme für den Rest der Wahlperiode das volle Gehalt und nach Ablauf derselben eine lebenslängliche Pension von 5000 Mark jährlich zu zahlen sei. Von hier aus wurde Preiß zum Bürgermeister von Bleicherode am Harz gewählt. Ehe er nach Salzwedel kam, war er Eisenbahnbetriebsinspektor in Oels, wo er auch das Ehrenamt eines Stadtverordneten-Vorstehers bekleidete. Nach seiner Amtsentlassung in Salzwedel und vor seinem Amtsantritt in Bleicherode bewarb er sich auch um ein Reichstagsmandat und ließ sich im Wahlkreise des freikonservativen Abgeordneten v. Kardorff als Kandidat der Freisinnigen Vereinigung aufstellen, jedoch ohne Erfolg. Vor kurzem hat Preiß erst noch einen Prozeß gegen die Stadt Salzwedel in Stipendien-Angelegenheiten seines Sohnes in allen Instanzen gewonnen. —

Schönebeck, 12. Januar. (Zur Beachtung!) Zu der am 14. Januar stattfindenden Flugblattverbreitung werden alle Genossen und Kollegen ersucht, sich am Sonntag früh 7 Uhr im „Bürgerhaus", Breiteweg 57, pünktlich einzufinden. Jeder muß bei der Verbreitung tätig sein, daher fehle keiner!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Volksvereins, des Gewerkschaftskartells und sämtlicher Zentralverbände.

Schönebeck, 11. Januar. (Ein netter Logiswirt) ist der Restaurateur Strobach; er trat einen jungen Mann so stark vor den Bauch, daß der Bedauernswerte einen Leistenbruch davontrug. Der junge Mann, von Beruf Bäcker, fand Aufnahme im städtischen Krankenhause. —

— (Wie Dienstmädchen behandelt werden.) Daß manches Dienstmädchen bei ihrer Herrschaft kein goldenes Dasein führt und mit dem, was andre nicht wollen, zufrieden sein muß, zeigt folgender Fall: Ein in dem Pensionat Menzel in Dienst befindliches Mädchen bekam u. a. auch verdorbenes Fleisch zu essen. Das Mädchen war aber resolut und beschwerte sich bei der Polizei, worauf es den Dienst sofort verlassen konnte, was es auch tat. —

Staßfurt, 11. Januar. (Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie) hat nun auch Staßfurt in den Bereich seiner Tätigkeit gezogen. Zum erstenmal verbreitet er hier ein Flugblatt, und zwar als Beilage zur „Staßf. Ztg.". Es führt die Ueberschrift „Militarismus". Abgesehen von den vielen Lügen und Entstellungen, kommt es zu dem erfreulichen Bekenntnis, daß das Heer der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung dienen soll, „selbst wenn ein in seiner Mehrheit sozialdemokratisch gesinnter Reichstag die Aufrichtung der sozialen Republik beschließen sollte". Das genügt. —

Thale, 11. Januar. (In einem trostlosen Zustande) befinden sich die meisten Straßen unsres von so herrlichen Naturschönheiten umgebenen Ortes. In der Brücken-, Wolfsburg-, Kolonie-straße und auf dem Lindenbergweg sieht es sehr traurig aus. Große Sümpfe und Pfützen stehen auf den Fahrwegen und den Fußsteigen, so daß man seine Not hat, durchzukommen. Noch viel schrecklicher und jeder Beschreibung spottend, steht es aber mit der Roßtrappen- und Rübchenstraße; hier müssen Menschen und Tiere bis an die Knie in Schlamm und Morast waten. Man muß es sich ansehen, wenn die Kinder des Morgens im Halbdunkel zur Schule gehen. Oft müssen welche von den Kleinen aus dem Morast herausgezogen werden. Dann sitzen sie nachher 3—4 Stunden mit nassen Füßen in der Schule. Die Eltern brauchen sich nicht zu wundern, wenn sich allerhand Krankheiten bei ihren Kindern einstellen. Die Bewohner der Rübchenstraße sind nicht einmal in der Lage, bei einem Todesfall die Leiche nach dem Friedhof zu transportieren. Mußte doch erst kürzlich die Leiche des verstorbenen Lehrers Wittig schräg übers Feld transportiert werden, weil der Weg nach dem Friedhof unfahrbar ist. Wo solche Zustände herrschen, da ist die Gemeinde verpflichtet, ehe sie an die Errichtung einer Eisbahn denkt, zuerst hier Abhilfe zu schaffen. Wie es aber scheint, fängt unsre Gemeinde nicht von unten nach oben, sondern umgekehrt an zu arbeiten. Erst wird an die Eisbahn und dann an die Straßen gedacht. So ist es auch bei dem jetzt im Bau begriffenen Kurhause. Viel nötiger als dieses würde erst die Erbauung eines Krankenhauses für unsern 14 000 Einwohner zählenden Ort sein. Es ist die höchste Zeit, daß die Bewohner aufwachen und bei den nächsten Gemeindewahlen ein paar sozialdemokratische Vertreter ins Gemeinde-Parlament senden, damit auf bessere Zustände hingearbeitet wird. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 11. Januar 1906.

Ein ungetreuer Kassierer. Der Graveur Aug. Kempe hier, geboren 1865, war bis zum August 1905 Kassierer der Krankenkasse der Schwäbisch-Gmünder Silberarbeiter und veruntreute von den vereinnahmten Geldern 614,51 Mark, die er später nach und nach zurückerstattete. Der geständige Angeklagte erhielt 1 Monat Gefängnis.

Diebstahl. Der vorbestrafte Schuhmacher Friedrich Krewatscheck, geboren 1864, diente im Sommer 1905 bei dem Gemeindevorsteher Wernecke zu Zabakuk. Während die Dienstherrschaft am 21. August auf dem Felde beschäftigt war, stieg Krewatscheck, der auf dem Hofe arbeitete in die Wohnung, erbrach dort einen Schrank und stahl daraus bar 500 Mark. Damit flüchtete der Dieb. Bei seiner Ergreifung hatte er das Geld bereits mit Weibern verpraßt. Der Angeklagte wurde wegen schwern Diebstahls einschließlich einer noch abzubüßenden Vorstrafe von 1 Jahr Gefängnis zu 3 Jahren Zuchthaus, 4 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht verurteilt. —

g. **Ein schweinischer Bäckermeister** hatte sich in der Person des Herrn Zähler vor dem Landgericht Fürth zu verantworten. Es scheint bei ihm sehr appetitlich zuzugehen. Seine ganze Mehllade wimmelte von Maden, aber trotzdem hat er munter drauflos gebacken, bis die Würmer sich derart vermehrten, daß beinahe mehr Würmer wie Mehl da waren. Dann wurde ein Sieb angeschafft. Mehrfach fanden die Kunden in dem fertigen Brote die Maden. Ein als „Sachverständiger" vernommener Kunstmüller meinte, es gebe überhaupt nicht viel Mehl, das keine Maden enthalte, diese seien übrigens gar nicht ekelhaft, solange man sie nicht sehe. (!) Der Meister vom Backtrog erhielt 10 Mk. Geldstrafe. Bei solchen Urteilen werden solche Herren Bäckermeister sich kaum an größere Reinlichkeit gewöhnen. —

Der Herr Pfarrer auf Abwegen. In der Gemeinde Nußloch in Baden bildet zurzeit der Fall Bilger das Tagesgespräch. Der katholische Pfarrer Stephan Bilger, der vor einigen Jahren von den Höhen des Hotzenwaldes nach Nußloch versetzt wurde, machte sich, wie die „Bad. Landesztg." mitteilt, in der konfessionell gemischten Gemeinde durch sein scharfes Regiment in recht unliebsamer Weise bemerkbar. Der konfessionelle Friede schwand mit dem Einzug des streitbaren Pfarrherrn. Böse Zungen behaupteten zwar schon sei längerer Zeit, daß der Seeleneifer des frommen Hirten mit seinem inneren Wesen in Widerspruch stehe. Man munkelte insbesondere von Vergnügungsexkursionen, die der Herr Pfarrer ab und zu in die schwäbische Residenz unternehme. Von einer solchen Tour kehrte Herr Bilger eines schönen Tages nicht wieder, und als er mehrere Tage ausblieb, wurde erklärt, der „Herr" sei wegen einer abscheulichen Verleumdung in Untersuchung genommen, werde aber in wenigen Tagen seine Unschuld nachweisen und dann nach Nußloch zurückkehren. Allein Tag um Tag verrann, so daß selbst die „Gutgesinnten" stutzig wurden. Endlich, nach drei Wochen, traf der sehnlichst Erwartete in Nußloch ein, wo ihm ein festlicher Empfang bereitet wurde. Die weitere Oeffentlichkeit wurde tags darauf durch folgende Notiz des „Pfälzer Boten" überrascht:

„Wegen falschen Verdachts wurde vor einiger Zeit unser Seelsorger, Herr Pfarrer Bilger, verhaftet und unter Anklage gestellt. Es ergab sich jedoch die Haltlosigkeit der Anschuldigungen, und wurde infolgedessen der Verhaftete freigesprochen. Er kehrte gestern in seine Gemeinde zurück, wo ihm ein freudiger Empfang seitens seiner Pfarrkinder zuteil wurde. Vor überfüllter Kirche zelebrierte er heute früh das heilige Opfer. Die katholische Gemeinde hier und mit ihr alle gutgesinnten Katholiken sind wie von einem Alpdruck befreit, und erwartet man (!), daß der geliebte Hirte seiner Herde erhalten bleibt."

Herr Bilger wäre zweifellos seiner Herde erhalten geblieben, wenn die Stuttgarter Zeitungen nicht wären, die über den „Fall Bilger" das Folgende zu berichten wußten: „Der bei einem Ausflug hierher in einem hiesigen Gasthaus infolge einer Sittenvisitation (Razzia!) verhaftete 38jährige katholische Pfarrer Stephan Bilger von Nußloch (Baden) wurde in nichtöffentlicher Verhandlung zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt, welche durch die Untersuchungshaft verbüßt ist. Es handelte sich um ein Vergehen im Sinne des § 175 des Strafgesetzbuches (widernatürliche Unzucht!). Das Opfer war ein 17jähriger Bursche." Die Meldung hat natürlich auch den Weg nach Nußloch gefunden und bei allen „gutgesinnten" Katholiken neuen „Alpdruck" hervorgerufen. —

Vermischte Nachrichten.

* **Wie Heilige werden.** Dem „Avanti" wird aus Genua ein interessanter Fall religiöser Manie infolge einer Kopfverletzung mitgeteilt. Ein gewisser Giovanni Petrini, Metallarbeiter in Sestri Ponente, Parteigenosse, wurde vor Jahren bei einer Schlägerei heftig auf den Kopf getroffen. Der Schlag war so stark, daß die Betäubung mehrere Tage dauerte; allmählich machte die Stumpfheit einer furchtbaren Erregung Platz. Der bisherige Parteigenosse wurde fanatisch religiös und fühlte ein unwiderstehliches Bedürfnis, nach Palästina zu pilgern. Ohne Geld, barfuß und barhaupt, begab er sich auf die Reise und kam richtig bettelnd und hungernd über Alexandrien nach Palästina. Dort lebte er elend, bis er im vorigen Jahre auf Anlaß der dortigen Behörden in seine Heimatsgemeinde abgeschoben wurde. Der Unglückliche, der seit dem Unfall auch an Krämpfen litt, hauste als Einsiedler dann in einer Kalkhöhle bei Genua und lebte nur von Gras und Obst. Er nahm auch keinerlei Gaben an, außer Oel für das Lämpchen vor seinem Heiligenbild. Dieser Tage sah ihn ein Bauer, halbnackt und erfroren, so schwach, daß er sich kaum regen konnte. Man benachrichtigte das „Grüne Kreuz", das den Einsiedler mittelst einer Bahre aus seiner Höhle holte. Petrini ist dann, ein noch junger Mann, wenige Stunden nach seiner Ankunft im Hospital gestorben. — In früheren Zeiten hätte man den armen Irren als Heiligen gepriesen und in dem Faustschlag, der seinen Geist umnachtete, das Werk Gottes gesehen. Wie manche Heiligenlaufbahn beginnt mit einer Schädelverletzung, die dann den Patienten veranlaßt, „in sich zu gehen und Buße zu tun". —

* **Eine drollige Antwort.** Der Rektor einer Berliner Kommunalschule sieht, nachdem die Zwischenpause längst vorüber, auf dem Schulhof einen herumwandernden kleinen Knaben. Er ruft ihn heran, und es stellt sich heraus, daß der Aermste seine Klasse nicht finden kann, was sich genügend daraus erklärt, daß er zu den tags vorher neu eingeschulten Kindern gehört. Da er gar nichts Näheres über sein Schulheim auszusagen weiß, hält der Rektor es für die einfachste Lösung, den Kleinen in das Konferenzzimmer mitzunehmen, wo er die Versammlung der Lehrer in der nächsten Zwischenstunde abwarten und sich unter ihnen den rechten aussuchen soll. Da die Herren alle beisammen sind, fragt der Rektor den übrigens ganz dreist und vergnügt dreinschauenden Jungen: Na — nun sieh Dir mal alle die Herren an; welcher ist denn wohl Dein Lehrer? Antwort: Jar keener, mir lernt ja en Mächen. —

Vereine und Versammlungen.

Schneider.

In der am 8. Januar im „Bürgerhaus" abgehaltenen Mitgliederversammlung des Verbandes der Schneider hielt Müller einen Vortrag über „Weihnachten in Theorie und Praxis", welcher mit vielem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf gab Heck den Kartellbericht vom letzten Vierteljahr, hierbei den Bericht vom letzten Gewerbegerichtstag erwähnend. Es schloß sich daran eine lebhafte Debatte über die Grenze zwischen Heimarbeitern und selbständigen Hausgewerbetreibenden und über deren Rechte vor dem Gewerbegericht. Da hierin die Gewerbegerichte in jeder Stadt nach andern Grundsätzen urteilen, wird verschiedentlich gewünscht, daß sich der nächste Gewerbegerichtstag hiermit befassen möge, damit etwas Einheitliches geschaffen werde. Als Kartelldelegierte werden Heck und Müller gewählt. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß die Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwangs Fragebogen ausgegeben habe, deren genaue Ausfüllung zur Pflicht gemacht wird. —

Vereins-Kalender.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Bezirk Neue Neustadt Sonnabend den 13. d. M., abends 8½ Uhr, in der „Gemütlichkeit", Schmidtstr. 58; Montag den 15. d. M., abends 8½ Uhr, im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38. 386

Turnerschaft Magdeburg (A.-T.). Abteilung Neue Neustadt. Sonnabend den 13. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung im „Weißen Hirsch", Friedrichsplatz 2. 387

Männergesangverein Alte Neustadt. Sonnabend abend Ständchen. Treffpunkt 7½ Uhr in der „Krone". Ebendaselbst Montag abend 8½ Uhr Versammlung. 389

Sudenburger Skatklub „Einigkeit". Jeden Sonntag nachmittags 4 Uhr Skatspielen bei Rosche, Braunschweigerstraße 2a. Mitglieder werden daselbst aufgenommen. 385

Lemsdorf. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 13. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung. bw

Groß-Ottersleben. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 13. d. M., abends 8½ Uhr, Versammlung. 368

Groß-Ottersleben. Sonntag nachmittag Versammlung der Maurer bei Fr. Strumpf.

Groß-Ottersleben. Fabrik- und Landarbeiter. Sonntag den 14. d. M., abends 8 Uhr, Versammlung bei Strumpf. 391

Groß-Ottersleben. Männer-Gesangverein. Sonntag den 14. Januar, abends 6½ Uhr, Generalversammlung. b

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, „Wanderlust" Salbke-Westerhüsen. Sonnabend den 13. Januar, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung. Jeden Dienstag und Donnerstag Saalfahren bei F. Köbel in Salbke, „Kaiserhalle". bw

Burg. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Burg. Heute Sonnabend den 13. Januar, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei Karl Jesse. b

Burg. Verband der Schuhmacher. Sonnabend den 13. d. M., abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. 390

Briefkasten.

A., Halberstadt und andre. „Simplicissimus" ist diese Woche 3 Tage später erschienen. —

Halberstadt. Nachtrag. Für die Kinder der ausgesperrten Bauarbeiter von W. Habermann 2 Mark empfangen durch G. Bollmann.

Franz Rose.

Marktberichte.

Magdeburg, 11. Januar. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen unverändert, englischer, gut 169—172, mittel 160—167, gering 152—158, do. Sommer- gut 170—173, mittel 162 bis 169, do. Kolben Sommer- gut 175—180, do. Rauh- gut 164 bis 170, do. ausländischer gut 188—193. — Roggen ruhig, inländischer gut 166—169, mittel 156—164, ausländischer gut 170—173. — Gerste stetig, hiesige Chevalier gut 170—182, mittel 160—169, Land gut 158—168, ausländ. Futtergerste gut 137—139. — Hafer stetig, inländischer, gut 164—170, mittel 154—162, ausländ. gut 156—170. — Mais unverändert, runder gut 135—137, amerikan. bunter gut 130—133. — Erbsen unverändert, hiesige Viktoria-, gut 200—215, mittel 180—190, do. grüne Folger, gut 210—220 mittel 190—200. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wuchs
Iser, Eger und Moldau.						
Jungbunzlau	9. Jan.	+ 0.18	10. Jan.	+ 0.14	0.04	—
Laun	„	+ 0.90	„	+ 0.87	0.03	—
Budweis	„	+ 0.34	„	+ 0.25	0.09	—
Prag	„	+ 0.14	„	+ 0.94	0.20	—
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	10. Jan.	+ 1.90	11. Jan.	+ 2.20	—	0.30
Weißenfels Untp.	„	+ 1.60	„	+ 1.64	—	0.04
Trotha	„	+ 3.20	„	+ 3.26	—	0.06
Alsleben	„	+ 3.00	„	+ 3.02	—	0.02
Bernburg	„	+ 2.53	„	+ 2.54	—	[illegible]
Calbe Oberpegel	„	+ 2.08	„	+ 2.10	—	[illegible]
Calbe Unterpegel	„	+ 2.44	„	+ 2.46	—	[illegible]
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	10. Jan.	+ 1.30	11. Jan.	+ 1.36	—	0.06
Elbe.						
Pardubitz	9. Jan.	+ 0.16	10. Jan.	+ 0.12	0.04	—
Brandeis	„	+ 0.25	„	+ 0.32	—	0.07
Melnik	„	+ 0.66	„	+ 0.56	0.10	—
Leitmeritz	„	+ 0.64	„	+ 0.52	0.12	—
Aussig	10. „	+ 1.05	11. „	+ 0.90	0.15	—
Dresden	„	— 0.36	„	— 0.38	0.02	—
Torgau	„	+ 1.66	„	+ 1.94	—	0.28
Wittenberg	„	+ 2.32	„	+ 2.65	—	0.33
Roßlau	„	+ 1.48	„	+ 2.02	—	0.54
Barby	„	+ 2.20	„	+ 2.46	—	0.26
Schönebeck	„	+ 1.94	„	+ 2.08	—	0.14
Magdeburg	11. „	+ 1.87	12. „	+ 1.99	—	0.12
Tangermünde	10. „	+ 2.60	11. „	+ 2.80	—	0.20
Wittenberge	„	+ 2.25	„	+ 2.47	—	0.22
Broda-Dömitz	„	+ 1.56	„	+ 1.70	—	0.14
Lauenburg	„	+ 1.68	„	+ 1.79	—	0.11

Filz-Schuhwaren
anerkannt bestes sächsisches Fabrikat, empfiehlt billigst
Wilh. Coors
2317 Schuhwarenlager
Sudenburg
Halberstädterstraße 116.

Zur bevorstehenden
Maskenball-Saison
bringe meine 2321
reichhaltige Garderobe
zu ganz soliden Preisen in empfehlende Erinnerung.
Frau Minna Goricke
Fermersleben, Schönebeckerstr. 54.

Wer bei **Kaphengst** kauft, spart Geld!
Bettfedern-Versand-Haus
Otto Kaphengst
Magdeburg-Sudenburg
2316 Muster franko!

Kaufe fortwährend
Kanarienhähne
bezahle pro Stück
3.50 bis 5 Mark
-Weibchen v. 14 Stück ab 75 Pf.
Gute Rübsaat bei Abnahme v. 10 Pfd. **1.60**
J. Tischler, Annastraße 25.

Großer Posten **Militärstiefel u. -schuhe,** auch zum Selbstbesohlen, sowie eine Partie neue, Mittelgröße
672 **Olvenstedterstraße 28.**

Leihhaus M. Korn

Trauer-Hüte
Blusen, Kostümröcke
Kreppe, Flore etc.
in grösster Auswahl
Lange & Münzer
51a Breiteweg 51a

Rabattmarken u. Rabattmarkenbücher kauft **J. Korn,** Ritterstr. 1b, i. Lad.

Gr. Heckebauer billig zu verkaufen H. Dresch, Moldenstr. 7.

Gr.-Ottersleben, Nellenwinkel 5, zum 1. April freundl. Stube, Kammer, Küche, Boden und Keller, 60 Mark.

Heute Sonnabend abend 8 Uhr
Prämien-Billardspiel.

Morgen Sonntag nachmittag 5 Uhr
Großer Preis-Skat
wozu freundlichst einladet 907
R. Seemann, Weinbergstraße 27.

Die Beleidigung gegen Frau Lause nehme ich hiermit zurück. Frau Meyer.

Schönebeck.
Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter.

Sonntag den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im **„Wiener Restaurant", Königstraße 16,** unsre

Generalversammlung.

wird die erste Abrechnung von der Erwerbslosen-Unterstützung gegeben. Es ist Pflicht aller Kollegen, die Versammlung zu besuchen.
2327 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokrat. Verein für Magdeburg
und Umgegend

Bezirksversammlungen finden statt:

Montag den 15. Januar 1906
Bezirk Sudenburg in der „Zerbster Bierhalle"
Bezirk Buckau im „Thalia"-Saal, Dorotheenstr.

Dienstag den 16. Januar 1906 2326
Bezirk Magdeb.-Süd bei Albert Vater, Knochenhauerufer 27-28
Bezirk Magdeburg-Nord bei Böhme, Kl. Klosterstrasse 15-16
Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark"
Bezirk Neue Neustadt im „Weissen Hirsch"
Bezirk Alte Neustadt in der „Krone", Moldenstr.

Arbeiter-Sekretariat Magdeburg

Fürstenufer 6 I (dicht bei der Strombrücke), **Telephon 2841.**

Unentgeltliche Auskunft an organisierte Arbeiter und Witwen, Waisen, Dienstboten, Lehrlinge, Invaliden und solche Personen, die einer Organisation nicht angehören können, in der Zeit von **11—1** u. **5—7** Uhr. Außer der Auskunftzeit ist das Sekretariat für Auskunftsuchende geschlossen

Ortskrankenkasse
für die in Magdeburg pp.
im kaufmännischen Gewerbebetriebe pp. beschäftigten Personen zu Magdeburg.

Bekanntmachung.

Gemäß § 66 des Kassenstatuts bringen wir den nachstehenden jetzt in Kraft getretenen Statutennachtrag zur Kenntnis:

Nachtrag 1
zum Statut vom 26. September 1903 der Ortskrankenkasse für die in Magdeburg pp. im kaufmännischen Gewerbebetriebe beschäftigten Personen zu Magdeburg.

Die § 38, 39, 43 und 57 werden wie folgt geändert:
1. § 38 Ziffern 1 und 2 sollen ferner lauten:

§ 38.

1. Der Vorstand besteht aus neun Mitgliedern.
2. Die Wahl derselben erfolgt durch die Generalversammlung (vgl. § 49) in der Weise, daß in getrennter Wahlversammlung sechs Mitglieder von den in der Generalversammlung stimmberechtigten Kassenmitgliedern aus ihrer Mitte und drei von den der Generalversammlung angehörenden Arbeitgebern gewählt werden. Kassenmitglieder können zu Mitgliedern des Vorstandes nur gewählt werden, wenn sie der Kasse bereits ein Jahr lang angehören

§ 39.

Die Mitglieder des Vorstandes werden auf 3 Jahre gewählt, bleiben aber nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amt, bis ihre Nachfolger in den Vorstand eingetreten sind. Nach Ablauf des ersten Jahres scheidet ein Drittel der Vorstandsmitglieder, und zwar ein Arbeitgeber und zwei Kassenmitglieder aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird unter den erstmalig Gewählten durch das Los, demnächst durch das Dienstalter bestimmt.

§ 39 Absatz 2 Zeile 2 muß es anstatt „zweijähriger" nunmehr „dreijähriger" heißen.

3. § 43 erste Zeile ist zu streichen: „zwei Drittel" und dafür einzufügen: „mehr als die Hälfte".

4. § 57 soll ferner lauten: 2324

§ 57.

1. Die Rechnungs- und Kassenführung wird unter Beobachtung der Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes, der von der höheren Verwaltungsbehörde auf Grund des § 41 Absatz 2 daselbst erlassenen Anordnungen und der Bestimmungen dieses Statuts, sowie nach Maßgabe der vom Vorstand und der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse von einem Geschäftsführer und sonstigen erforderlichen Beamten wahrgenommen.
2. Der Geschäftsführer (Rendant) wird vom Vorstand und die übrigen Beamten von der Generalversammlung auf Grund der von der letzteren für beide festgesetzten Anstellungsbedingungen angestellt.
3. Die Gehaltsverhältnisse richten sich nach der in einem Regulativ festgelegten Skala. Das Regulativ unterliegt ebenfalls der Genehmigung der Generalversammlung.

Magdeburg, den 21. November 1905.
Namens des Vorstandes: **H. Tielsch,** Vorsitzender.

Vorstehender Nachtrag wird hiermit von uns genehmigt.
Magdeburg, den 28. Dezember 1905.
(L. S.) **Namens des Bezirksausschusses:**
Der Vorsitzende. In Vertretung: gez. Harte.

Ortskrankenkasse
für die in Magdeburg pp.
im kaufmännischen Gewerbebetriebe pp. beschäftigten Personen zu Magdeburg.

Einladung

zu der am **Montag den 22. Januar 1906, abends 8½ Uhr im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38,** anberaumten

Ausserordentlichen Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Nachwahlen, die durch den jetzt in Kraft getretenen Statuten-Nachtrag erforderlich geworden sind, und zwar: 1 Vorstandsmitglied nebst 3 Ersatzmännern für die Arbeitgeber, sowie 2 Vorstandsmitgliedern nebst 6 Ersatzmännern für die Kassenmitglieder.
2. Verschiedenes.

Anträge zur Generalversammlung sind vorher schriftlich beim Vorstand einzureichen.

Die Herren Vertreter werden gebeten, recht pünktlich und zahlreich erscheinen zu wollen.

Der Vorstand.
2324 Heinrich Tielsch, Vorsitzender.

Briefpapier-Kassetten
— großartige Neuheiten —
50, 60, 75 Pf., 1—2 Mk.
Karten-Kassetten
— in großer Auswahl —
empfiehlt die
Buchhandlung Volksstimme

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Gr. Marktstr. 21.
Sonnabend: Reissuppe m. Rindfleisch.

Walhalla.
Nur noch 3 Tage:
Das grossartige Januar-Programm

Stadt-Theater.
2. Gastspiel Strindberg-Tournee.
Der Vampir.
Totentanz 2. Teil.
Drama in 3 Aufz. v. A. Strindberg.

Wilhelm-Theater.
Sonnabend den 13. Januar 1906.
Neu ausgestattet!
Der Vizeadmiral.

Standesamt.

Magdeburg-Altstadt, 11. Jan.

Aufgebote: Buchhalter Friedrich Lehmann mit Margarete Zimmer. Barbierherr Paul Weile in Staßfurt mit Marie Serbent hier. Maurer Hermann Otto Süß mit Frida Luise Auguste Reisener in Stendal. Arbeiter Julius Kurzweg in Völpke mit Emilie Wilhelmine Berta Witte in Leopoldshall. Handelsmann Otto Tonn mit Anna Beggerow. Schneider Hermann Bebenroth mit Klara Gandre. Kaufmännischer Beamter Bruno Kujawa mit Anna Schuh. Kaufm. Walter Tag hier mit Lucie Bethge in Gr.-Ottersleben.

Eheschließung: Gastwirt Ad. Marten mit Antonie Schirmer geb. Schmidt.

Geburten: Walter, S. des Sergeanten Karl Böhme. Werner, S. des Postassistenten Gust. Topf. Fritz, S. des Fleischers Karl Heydecke. Margarete, T. des Butterhändlers Fritz Wernecke. Kurt, S. des Kontorboten Paul Kohle. Fritz, S. des Lohndieners Karl Ulrich. Erich, S. des Hausdieners Otto Winkelmann. Erna, T. des Schlossers Alfred Lehmann.

Todesfälle: Magistrats-Kalkulator August Schulze, 45 J. 5 M. 3 T. Kurt, S. des Bilsettiers Karl Neuendorf, 3 M. 28 T. Lucie, T. unehelich, 2 M. 13 T. S. unehelich, 1 T. Geh Sanitätsrat Dr. Karl Keim, 77 J. 17 T.

Sudenburg, 11. Januar.

Eheschließung: Handelsmann Paul Arens mit Meta Linck geb. Wegener.

Geburten: Fritz, S. des Sattlers Edmund Raabgrund. Gustav Emil, S. unehelich. Albert, S. des Eisendrehers Wilh. Heinemann. Walter, S. des Arb. Wilh. Weidner. Willi, S. unehelich. Hans Kurt, S. unehelich. Ida, T. des Arbeiters Otto Schulz.

Buckau, 11. Januar.

Geburten: Otto, S. des Hilfsweichenstellers Otto Adel. Lili, T. des Oberfeuermanns Emil Taube. Walter, S. des Drehers Georg Sander. Erwin, S. des Vorarb. Hermann Schulze.

Neustadt, 11. Januar.

Eheschließung: Bahnarbeiter Albert Kiesler mit Anna Beierlein.

Geburten: Walli, T. des Arb. Otto Gröpler. Walter Erich, unehelich. Walter, S. des Schneiders Friedrich Schulz. Erich, S. des

Winter-Joppen
Rock- u. Jackett-Anzüge
Einz. Jacketts u. Hosen
Herren- und Damen-Uhren, Uhrketten
Goldene Trauringe
sind zu Aufsehen erregenden
Inventur-Preisen
spottbillig zu verkaufen.
2325 **M. Korn**
Franziskanerstraße 3a.

Empfehle 910
grosse Hasen
sowie **Rehe, Kaninchen Gänse, Tauben, Hühner.** Hasengekröse billigst
Striebing
21 Große Diesdorferstraße 21.

Werkzeuge
für Metall- u. Holzarbeiter
empfiehlt zu allen Preisen
Edm. Bölsche
Halberstädterstr. 110.
2228

Im Zirkus
Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr
Gastspiel des Metropol-Ensemble u. der Ballon-Truppe
Die lebende Brücke
Großes amerikanisches Sensationsstück in 4 Akten (10 Bilder) nach dem Englischen.
Die neuen Dekorationen sind aus dem Atelier von Otto Vogler, hier, die Kostüme von Baruch u. Co., Berlin.
Preise der Plätze wie bekannt. Vorverkauf im Zirkus und bei Jacobs, Ulrichsbogen.
Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr
Die zwei Waisen.
Großes amerikanisches Sensationsstück.
Kinder zahlen auf allen Plätzen 10 und 20 Pfennig.

Danksagung.

Allen lieben Freunden und Bekannten, welche bei dem Begräbnis meines lieben Mannes und unsres guten Vaters

Karl Bromann

ihm das letzte Geleit gaben und seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, sowie dem Radfahrerverein „Frisch auf" und dem Verband der Bauhilfsarbeiter sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. 903

Die trauernden Hinterbliebenen
Ottilie Bromann nebst Kindern

Nachruf.

Am Mittwoch den 10. d. M. schied der Parteigenosse und und frühere Kreisvertrauensmann, Zimmerer

Gustav Hochbaum

freiwillig aus dem Leben. Der Verstorbene stand im 51. Lebensjahre. Er war zirka 20 Jahre in der Partei tätig und hat sich während dieser Zeit die Liebe und Achtung sämtlicher Parteigenossen erworben.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Neuhaldensleben-Wolmirstedt.
Bezirk Olvenstedt.

Die Beerdigung findet wahrscheinlich in Magdeburg statt; wann und wo wird an dieser Stelle noch näher bekannt gegeben. 2329

Aufgebot: Reisender Wilhelm Bösel mit Hulda Buch.

Geburt: T. des Bäckermeisters Paul Hennecke.

Quedlinburg.
Vom 1. bis 9. Januar.

Aufgebote: Maschinist Max Morgenroth mit Luise Traute. Telegraphenarbeiter Ernst Krüger in Berlin mit Berta Buschhorn hier.

Eheschließungen: Arbeiter Karl Hirschelmann mit Anna Palm. Klempner Wilhelm Hanebutt mit Berta Mentel. Bureauvorsteher Otto Beil mit Helene Hecht. Zimmermann Friedrich Hebbel mit Marie Hottelmann.

Geburten: S. des Fabrikarbeiters Rudolf Gerhardt. T. des Schlossermeisters Andreas Bosse. S. des Eisendrehers Ludwig Wirbelauer. T. des Kutschers August Reeck. S. des Bauunternehmers Wilhelm Schick. T. des Handelsmanns Karl Henneberg. S. des Malermeisters Wilhelm Ströfer. T. des Tischlers Eduard Herbst. T. des Arbeiters Emil Sechting. T. des Arbeiters Richard Schmiedehausen. T. des Arbeiters Otto Mettig. S. des Buchhalters Wilhelm Dörstein. T. des Geschirrführers Gustav Rinke. T. des Wurstfabrikanten Max Wolff. T. des Gärtners Friedrich Rothe. T. des Arbeiters Adolf Ernesti.

Todesfälle: Anna, T. des Arb. Friedrich Wachtel, 3 J. Witwe Johanne Grimm geborne Helmholz, 63 J. Obergärtner Julius Römer, 62 J. Ewald, S. des Bahnarb. Ewald Dörsing, 2 J. Witwe Luise Pätz geb. Wartenberg, 70 J. Assistent am kgl. Museum in Berlin Georg Brandes, 27 J. Gertrud, T. des Klempners Adolf Friedrich, 1 M. Musiker Andreas Rudloff, 78 J. Ehefrau des Kaufmanns u. Agenten Karl Fricke, Marie geb. Hoffbauer, 60 J. Schlosser Albert Herzer, 35 J. Geschirrführer Karl Schröder aus Harzgerode, 26 J. T. unehelich, 8 J.

Totgeburt: S.

Staßfurt.

Aufgebot: Zimmerm. Adam Schmidt mit Anna Reschwamm, beide in Worbis.

Geburt: S. des Handelsgärtn. Friedrich Nitsche.

Todesfälle: Berta Henning, 4 M. Handl.-Gehilfe Paul Wehner, 18 J.

zerlumpte Kleidung getragen. Der Ueberfallene hat verschiedene Verletzungen davongetragen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die beiden irgendwo in ärztliche Behandlung begeben haben und ihrerseits angeben, angefallen zu sein. Geeignete Mitteilungen sind an den Amtsvorstand in Barleben oder an die hiesige Kriminalpolizei zu richten. —

— **Ein Unfall und seine Folgen.** Heute früh gegen 9 Uhr gingen Pferde mit einem mit Burschen besetzten Wagen durch, wobei der Kutscher vom Wagen fiel und sich ein Bein brach. Eine Frau, welche diesen Vorfall mit angesehen hatte, fiel in Ohnmacht und zog sich hierbei Verletzungen im Gesicht zu. Beide Verletzte wurden mittels Sanitätswagens dem altstädtischen Krankenhause zugeführt. —

— **Unfall.** Am Sonntag vormittag 9½ Uhr fiel in der Hohepfortestraße infolge Durchgehens des Pferdes der Kutscher Wilhelm Lühmann von seinem Wagen. Er wurde überfahren und erlitt dadurch einen Bruch des rechten Unterschenkels. L. fand Aufnahme in dem Krankenhause Altstadt. —

— **Ein schwerer Unfall** ereignete sich bei Otto Gruson u. Co. Beim Gießen in der Stahlgießerei ging gestern abend der flüssige Stahl durch und verbrannte den Arbeiter Karl Brückner aus Groß-Salze an beiden Beinen und an der linken Hand. Nur ein günstiger Zufall verhinderte es, daß der Unfall noch schwerwiegendere Folgen hatte. Der Verletzte fand Aufnahme im Sudenburger Krankenhaus. —

— **Verloren** wurden von einem Dienstmädchen, welches seine Ersparnisse fortschicken wollte, am Donnerstag nachmittag gegen 3¾ Uhr im Krumme Ellbogen ein braunes Damenportemonnaie mit 93 Mark Inhalt. —

— **Die „Flora"** soll wieder aufgebaut werden, natürlich als Massivbau. Auf diese Weise würde der mit alten Bäumen bestandene Park erhalten bleiben. Das ganze Grundstück ist über 9000 qm groß, wovon gut ⅔ auf den Park entfallen. —

— **Wilhelm-Theater.** „Der Vizeadmiral" fand vor fast ausverkauftem Hause am Donnerstag den stürmischsten Beifall des Publikums, so daß sich die Direktion veranlaßt sieht, die Operette schon am Sonnabend zu wiederholen! Am Sonntag nachmittag ist eine Aufführung der erfolgreichen Novität „Bruder Straubinger" vorgesehen. Am Abend gelangt die beliebte Zellersche Operette „Der Obersteiger" einmalig zur Darstellung. —

— **Im Zirkus.** „Die lebende Brücke", amerikanisches Sensationsstück in 10 Bildern, welches augenblicklich mit großem Erfolg allabendlich im Zirkustheater in Szene geht, ist dekorativ von höchster Wirkung: das brausende Meer, tropische Landschaften und ein veritabler Leuchtturm; sogar eine Gymnastiker-Truppe zeigt im 3. Bild ihre Künste. Also Abwechslung ist in höchstem Maße vorhanden. Die Darstellung läßt nichts zu wünschen übrig. Auch die im 3. Akt auftretende Balton-Truppe erregt durch ihre Kraftleistungen große Bewunderung.

Außerordentlicher Städtetag der Provinz Sachsen.

Magdeburg, 12. Januar.

Heute früh trat im Bürgersaale des Rathauses der Provinzial-Städtetag zusammen, der sich mit dem Attentat auf die Volksschule, d. h. das dem Landtag jetzt vorliegende Volksschulunterhaltungsgesetz befassen soll.

Aber wie mehrfach auch von Herrn Oberbürgermeister Schneider ausgeführt wird, und aus der gedruckten Vorlage mit den Abänderungsanträgen der beiden Referenten zu ersehen ist, soll sich der Städtetag unter Ausschluß von Politik und Religion nur zu dem Angriff auf die Selbstverwaltung der Städte äußern, um praktische Arbeit zu leisten!

Oberbürgermeister Schneider eröffnet um 10¼ Uhr die Sitzung mit einer längeren einleitenden Rede, in welcher er u. a. ausführte, daß der Städtetag auch den Schein einer politischen Demonstration vermeiden müsse; es könne gar nichts Schlimmeres passieren, als wenn dieser Anschein erweckt würde. Eine derartige Absicht würde ein Schlag ins Wasser sein gegenüber dem festen Willen des Gesetzgebers und der vorhandenen Majorität des Landtags. Demonstrationen überläßt man den Volksversammlungen, während der Städtetag rein praktisch und im Hinblick auf die Selbstverwaltung der Städte die Vorlage prüfen solle, die auch viele Fortschritte enthalte, es gelte das Gute in derselben zu konstatieren. Aber eine Demonstration habe nicht die mindeste Aussicht auf Erfolg.

Erster Redner zu dem Entwurf ist Erster Bürgermeister Belian-Eilenburg, der nicht für Erwerbung neuer Rechte der Städte, sondern vor allem auf Erhaltung der bisherigen Rechte das Hauptgewicht legen will. Redner skizziert kurz die Beschlüsse einiger andrer Provinzial-Städtetage, die eine ganze Anzahl Abänderungsanträge gestellt haben. Redner beleuchtet die das Selbstverwaltungsrecht der Städte aufhebenden resp. einschränkenden Bestimmungen des Entwurfs, deren Streichung resp. Abänderung verlangend. Sehr schwerwiegend seien die § 12 und 40 des Entwurfs, die das Eigentumsrecht der Gemeinden an ihren Schulgebäuden und Schulgrundstücken und das Lehrer-Wahlrecht behandeln und die Rechte der Städte hier ganz aufheben. Durch die Bestimmungen würden die städtischen Schulen dem Staate ganz überantwortet, der den Städten unfähige aber bei ihm beliebte Lehrer aufdrängen könne. Die Kosten müßten natürlich die Städte tragen. Der Entwurf muß Bestimmungen enthalten, nach denen der Staat nicht die Macht hat, wie er es im vorigen Jahrhundert getan, den Gemeinden ein Recht nach dem andern zu nehmen. Das Vorgehen der Regierung beweise die Notwendigkeit der Schaffung eines Verwaltungsstreitverfahrens für das Schulwesen. Unter Anführung einiger diesbezüglicher bezeichnender Vorkommnisse begründet Redner seinen Vorschlag. Die Stadt Eilenburg habe bisher unter Härten der Regierung gegenüber dem städtischen Schulwesen nicht zu leiden gehabt. Aber es sei doch notwendig, eine Stelle zu schaffen, die in Streitfällen zwischen Stadt und Schulaufsichtsbehörde resp. Minister Recht spreche. Objektiv könne die Aufsichtsbehörde nicht ganz sein, da sie doch immer Partei sei. Dieser rechtlosen Praxis im Schulwesen muß ein Ende gemacht werden durch Schaffung eines unparteiischen Verwaltungsgerichtshofs in Schulsachen. Der Entwurf bedeute so, wie er sei, die Grabstätte für unsre Volksschule, die die beste der Welt gewesen sei. Die Opferfreudigkeit der Städte werde dadurch lahmgelegt. Redner hofft, daß die beiden Häuser des preußischen Landtags unter Ausschluß politischer und religiöser Fragen ein städtefreundliches Schulgesetz schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Zweiter Redner ist Herr Stadtschulrat Dr. Franke-Magdeburg: Die Träger der Schullasten sind die politischen Gemeinden. Die kräftige Entwicklung der Volksschule werde durch den Entwurf gehindert, der die bisherigen Rechte den Gemeinden und Städten raube. Allerdings sei den Städten diese Selbstverwaltung ihrer Schulen gegeben in einer Zeit, als Preußen daniederlag; aber das ist doch kein Grund, diese Selbstverwaltung jetzt einzuschränken oder überhaupt aufzuheben. In finanzieller Hinsicht bedeutet der § 6 des Entwurfs gleichfalls eine Schädigung der Städte. Auch gegen eine größere Ausdehnung der Schulverbände müssen sich die Städte ganz energisch aussprechen. Nicht für alle Städte enthalte der Entwurf eine Verschlechterung, aber für die unter dem Allgemeinen Landrecht stehenden. Die letzteren werden durch die Aenderung und Aufhebung der Bestimmungen des einen „freien Geist" atmenden Schulgesetzes von 1811 ganz gewaltig geschädigt. Namentlich der § 40 des Entwurfs sei ein Schritt zur Staats-Volksschule. Das neue Schulgesetz greift in bureaukratischer Weise in die Rechte der Städte ein. Die Städte tragen die Lasten für die Schule gern, da sie wissen, daß diese für unser Vaterland reiche Zinsen tragen. Würden die beantragten Abänderungen Gesetz, so würde dies förderlich für die Entwicklung der Schule sein und zum Wohle und Blühen unsres Vaterlandes beitragen. (Beifall.)

Hierauf nahmen die Teilnehmer des Städtetags das von der Stadt gegebene Frühstück ein. —

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Magdeburg, 11. Januar 1906.

Erschwindelter Vorschuß. Der Musketier Lukas 5. Komp. 66. Inf.-Regts. hatte sich im Jahre 1904 gegen zwei Musikmeister des Betrugs schuldig gemacht. Er hatte bei diesen von Breslau und München aus Stellung als Trompeter angenommen, diese aber, obgleich er im ersten Falle 25 Mark und infolge verschiedener schwindelhafter Angaben, besonders im zweiten Falle, viermal je 10 Mark als Reisevorschuß erhalten hatte, nicht angetreten. Der Angeklagte hatte es verstanden, besonders vertrauenerweckende Briefe zu schreiben, die ihren Erfolg nicht verfehlten. Im letzteren Falle war L. statt nach Bielefeld nach Leipzig gefahren, woselbst er den Vorschuß in drei Fällen hingeschickt bekam und sich für das Geld amüsierte. Dem Strafantrag nach lautet das Urteil auf 5 Wochen Gefängnis. L. nimmt die Strafe an. —

Eine schwierige Verhandlung. Der Musketier Stephan Michalowski 7. Komp. 66. Inf.-Regts., noch Rekrut, hat im August vorigen Jahres in Hofleben, wo er als Arbeiter auf dem Gute beschäftigt war, aus der Patronentasche eines dort einquartierten Grenadiers zu Pferde einen Rahmen Platzpatronen (!) entwendet. Da M. der deutschen Sprache fast gar nicht mächtig ist, wird die Verhandlung unter Teilnahme eines Dolmetschers, eines Sergeanten, geführt. Michalowski ist bei Ausführung des „Diebstahls" betrunken gewesen; er hat die Patronen dann vergraben. Strafantrag 1 Woche, Urteil 3 Tage Gefängnis. M. ist damit einverstanden. —

Neun Tage fahnenflüchtig. Der Mechaniker und Chauffeur Georg Schneider aus Augsburg wurde am 28. November vorigen Jahres als unsicherer Heerespflichtiger eingestellt. Als Chauffeur an ein freies Leben gewöhnt, paßte ihm der Drill hier nicht. Da er der Ansicht war, daß er wegen Fahnenflucht nicht bestraft werden könnte, wenn er noch nicht vereidigt war, entfernte er sich am 9. Dezember v. J., an welchem Tage er vereidigt werden sollte, aus der Kaserne. Er ging zu seiner früheren Logiswirtin und ließ sich unter einer falschen Angabe den Schlüssel zu der Bodenkammer geben, wo sein Korb mit den Sachen stand. Er legte seine Uniform (3. Anzug, Koppel, Seitengewehr und Mütze) in den Korb und zog seinen Chauffeuranzug an. Darauf mietete sich Schneider bei einer Frau in der Lübeckerstraße, bei der er vor 3 Jahren auch schon gewohnt hatte, ein Logis, und schädigte diese um 5 Mark, da er sich am 10. Dezember ohne Bezahlung entfernte. Vorher erbrach Schneider noch den Koffer eines Logiskollegen, stahl daraus die 60 Mark, von deren Vorhandensein er wußte, nahm auch noch einen Hut und eine Hose des Mannes mit. Sch., der steckbrieflich verfolgt wurde, fuhr über Leipzig nach München, verkaufte dort seinen Chauffeuranzug und ging nach der Schweiz. Er kehrte aber bald zurück und stellte sich schon am 18. Dezember v. J. freiwillig bei dem Gendarm in Singen, wohin er von Winterthur aus gefahren war. Der Strafantrag lautet auf 1 Jahr Gefängnis und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Eberhard, ersucht um Milde, da Schneider die übrigen Straftaten nur als Folge der Fahnenflucht verübt habe. Das Urteil lautet gegen den bisher unbestraften Schneider, der in allen Punkten geständig war, wegen Fahnenflucht, Preisgabe von Dienstgegenständen, schweren und einfachen Diebstahls auf 10 Monate Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Von der Anklage des Betrugs gegen die Logiswirtin wird Schneider freigesprochen, da er nicht die Absicht hatte, diese um die 5 Mark zu bringen, an deren Bezahlung er durch seine Fahnenflucht gehindert war. Schneider ist mit dem Urteil zufrieden. —

Ein Nachtwandler. Der Musketier Lukas Czuzinski 4. Komp. 26. Inf.-Rgts. soll in der Nacht zum 3. Dezember sich zweimal des versuchten Diebstahls schuldig gemacht haben, indem er aufstand und jedesmal an das Bett eines Kameraden trat und nach dessen auf der Brust hängenden Brustbeutel griff, aber infolge Erwachens des Mannes an der Wegnahme gehindert wurde. Czuzinski, der sich am Tage vorher von dem Betreffenden Geld borgen wollte, bestreitet den Diebstahlsversuch. Er sei Nachtwandler auch schon vor seinem Eintritt gewesen, in diesem Zustande aufgestanden und müsse so auch an das Bett des Kameraden getreten sein. Die Zeugen bestätigen diese Angaben aber nicht. Das Urteil lautet nach dem Antrag auf 14 Tage strengen Arrest. Czuzinski nimmt die Strafe an. —

Kleine Chronik.

Die Genickstarre im Ruhrrevier.

In der Gemeinde Hamborn wurden fünf weitere Fälle von Genickstarre festgestellt, auch in Ruhrort ist eine Person erkrankt. —

Vierzehn Bergleute schwer verletzt.

Ein schwerer Grubenunfall ereignete sich in der Melchiorgrube bei Dittersbach. Als die Mannschaften zur Nachtschicht einfuhren, setzte sich der Förderkorb so heftig in den Sumpf des Schachtes, daß von siebzehn Bergleuten vierzehn schwere Verletzungen erlitten. —

Eine unüberlegte Tat.

Ein Arbeiter aus Nietleben wurde verhaftet, als er im Begriff war, einen Schienenstrang der Halle-Hettstedter Bahn aufzureißen.

Ein Majestätsbeleidiger.

Zum dritten Male wurde wegen Majestätsbeleidigung der 50jährige Schuhmacher Schöne in Weißwasser verurteilt. Vor mehreren Jahren meldete sich Schöne bei dem dortigen Gendarmen und wollte durchaus eingesperrt werden. Da hierzu kein Grund vorlag und er mit seinem Anliegen abgewiesen wurde, machte er sich einer schweren Majestätsbeleidigung schuldig, die ihm später zwei Jahre Gefängnis eintrug. Kaum aus der Strafanstalt entlassen, wiederholte er die gleiche Beleidigung, für die er nun drei Jahre Gefängnis erhielt. Jetzt wieder in Freiheit, wiederholte er zum dritten Male dieselbe Beleidigung, was seine erneute Verhaftung zur Folge hatte. Der alte Mann gehört eher in eine Irrenanstalt als in das Gefängnis. —

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

* **Petersburg, 11. Januar. Dem „Slowo" zufolge ist der Bericht des Statthalters im Kaukasus nicht vollständig veröffentlicht. Die Lage im Kaukasus sei höchst beunruhigend, alle Verkehrswege seien in den Händen der Aufständischen. —**

* Paris, 11. Januar. Wie dem „Journal" privatim gemeldet wird, ist die Lage im Kaukasus noch sehr schlimm und die Revolution in Georgien und Mingrelien noch nicht niedergeworfen. Ferner sollen 10 000 Tataren die Stadt Tiflis angegriffen haben und zurückgeworfen worden sein. Elisabethpol ist zur Hälfte niedergebrannt, und die Stadt Schupha wird von Tataren belagert und ausgehungert. —

* Petersburg, 11. Januar. In Riga wurde in voriger Nacht in der Hospitalstraße ein durchziehendes Bataillon aus drei Häusern beschossen. Von den Truppen wurde das Feuer erwidert. 13 Personen wurden verhaftet. Bei der darauf folgenden Haussuchung wurden Waffen gefunden. Die Aufständischen haben im Kreise eigne Wertzeichen mit dem Bildnis eines Führers in Umlauf gesetzt. —

Hd. Petersburg, 12. Januar. Der „Slowo" verzeichnet das Gerücht, wonach der Rat der Arbeiterdeputierten für den 18. Januar einen neuen politischen Streik angekündigt haben soll. —

Hd. Riga, 12. Januar. Revolutionäre überfielen das Schloß Salisburg und brannten dasselbe nieder. Der Besitzer, Baron Vietinghof, konnte nur mit Mühe das Leben retten. —

Hd. Lemberg, 12. Januar. Die russischen Grenzwachen längs der österreichisch-russischen Grenze werden reduziert. Die hierdurch frei werdenden Mannschaften werden größtenteils nach Petersburg geschickt, da sie sich kaisertreu gezeigt haben. —

Hd. Berlin, 12. Januar. Der Dichter Frank Wedekind und sein Verleger Bruno Cassirer wurden gestern von der 2. Strafkammer des Landgerichts 2 von der Anklage der Verbreitung einer unsittlichen Schrift („Die Büchse der Pandora") wiederum freigesprochen. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Vernichtung des Schriftwerks, da es zwar nicht Lüsternheit, wohl aber Abscheu und Ekel in sittlicher Beziehung zu erregen geeignet sei. —

* Lübeck, 12. Januar. Eine Versammlung des hiesigen Industrievereins nahm einstimmig Resolutionen gegen die geplanten Abänderungen des Tabaksteuergesetzes, gegen das Zigarettensteuergesetz und gegen die vorgesehene Mehrbelastung des Bieres an. —

Hd. Stuttgart, 12. Januar. Der Gemeinderat sprach sich mit 18 gegen 9 Stimmen für die Bildung einer besonderen Kommission aus, die unter Wahrung der gesetzlichen Rechte des Oberbürgermeisters eine vermittelnde Stellung in der Arbeitersache einnehmen und eine kollegiale Behandlung von Beschwerden städtischer Arbeiter gewährleisten soll. —

Grosser
Rester-Verkauf
zu noch nie dagewesenen billigen Preisen
Herren-Anzüge
Knaben-Anzüge
Arbeiter-Garderobe
extra starke Näharbeit
billiger
wie jede Konkurrenz
bei 356
Wilh. Rueff
Calbe a. S.
Querstr. No. 1.

Schuhwaren! 876
Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefeletten, Turn-, Strand- u. Kinderschuhe, Pantoffel, auch aus Konkursmassen stamm. Waren
Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Die anmaßende Konkurrenz ist übertroffen!
Ich offeriere von heute ab bis auf weiteres frische feine
Molkereibutter
das Pfund zu 1.25 Mark
Zucker
feinste Raffinade, das Pfd. zu 19 Pf
Ia. geräuch. Stromlachs
das ¼ Pfund zu 35 Pf.
Feinste Tafelmargarine
in verschiedenen Preislagen
mit 5 Prozent Rabattsparmarken.
Wagners Butterhalle
Sudenburg 2320
Rottersdorferstraße 10.

Wollen Sie viel Geld sparen?
Dann beachten Sie den
Saison-Ausverkauf
in den unterzeichneten Geschäften. Ganz besonders vorteilhaft sind
einzelne Roben in schwarzen und farbigen Kleiderstoffen sowie große Posten Reste. Mustercoupons, Wert bis Mk. 3.00, zum Aussuchen Stück 20 Pf.
Neue Neustadt
Carl Gottschalk
Wilhelmstadt
Warenhaus Wilhelmstadt
2330

In unserm

Räumungs-Ausverkauf

wegen Aufgabe unsres Ladens Johannisberg Nr. 1

verkaufen wir wegen vorgerückter Saison

sämtliche Filzschuhe, -Pantoffel und warm gefütterte Stiefel

zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Echt Boxcalf-Herren-Schnürstiefel modernes Fasson **7.50** Mk.

Echt Boxcalf-Damen-Knopf- u. Schnürstiefel feinste Ausführung . . . . . **6.90** Mk.

Ball-Schuhe . . . . . von **1.90** Mk. an

Schuhwarenhaus

Masting & Co.

Johannisberg I. 2322

Großer Inventur-Ausverkauf

zu aufsehenerregend, fabelhaft billigen Preisen. 431

Winter-Paletots, Joppen und Anzüge

für Herren, Jünglinge und Knaben sind bedeutend im Preise herabgesetzt.

Riesige Auswahl! Billigste Preise! Streng reelle Bedienung!

Jakobstraße 50 Kaufhaus Max Zehden Jakobstraße 50

Bitte meine 6 Schaufenster zu besichtigen und die Preise zu beachten.

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld!

Inventur-Ausverkauf

meines gesamten Warenlagers — ausser Strumpfgarn und Roste

trotz meiner anerkannt billigen Preise mit **15 Prozent Rabatt in bar** von Sonnabend den 13. bis inkl. Sonnabend den 20. Januar

Otto Kaphengst 106a Halberstädterstrasse 106a

? Wo herrscht Keuchhusten ?

Zypressenöl, bestes Mittel gegen Keuch- und Stickhusten.

Herr Geheimrat Prof. Dr. **Söltmann, Direktor des Leipziger Kinderkrankenhauses**, verwendet dasselbe seit Jahren ausschließlich bei **Keuch- und Stickhusten** und hat sowohl bei **älteren** als auch bei **jüngeren Kindern nur gute Erfolge erzielt.** 2191

Nur erhältlich in Flaschen à Mk. 1.—; in Magdeburg und Vororte sende frei ins Haus, nach auswärts prompt gegen Nachnahme.

Nur echt zu haben in der

„Neue Drogerie“, Bruno Pietsch, **Magdeburg-A. N.** Hohepfortestr. 46, Ecke Moldenstr. Fernspr. 3691.

Nur acht Tage gültig! Umsonst

erhält jeder, dem unsere Ware bisher noch nicht bekannt ist, 1 Probe-Stück Rasiermesser No. 50 mit Etui (5 Jahre Garantie) zur Ueberzeugung der Qualität unserer Ware, wer 80 Pf. für Porto und Verpackung einsendet. Reeller Wert mehr wie doppelt. Als Probe versenden wir nur 1 Stück. Haupt-Katalog enthält grosse Auswahl in Rasiermessern, Rasierutensilien, Haarmaschinen, Taschen-, Tafelmessern u. Gabeln, Damen-, Haar- und Schneiderscheren, Reben- od. Gartenscheren, Sensen, Gärtnermessern, Brot-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- und Wiegemessern, Uhren, Uhr- u. Halsketten, Broschen, Ringen, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcken, Fernrohren, Feldstechern, Schuss- und Stichwaffen, Musik-Instrumenten, Schmuck- u. Haushaltungsartikeln, Kinderspielwaren u. Christbaumschmuck etc. etc. versenden wir gratis u. fr. ohne Kaufzwang

Versandhaus Gebrüder Boll, Gräfrath 1729b. Solingen Stahlwarenfabrik gegründet 1876.

Ich mache hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mein Restaurationsgeschäft

Zur Bürgerhalle

dem Restaurateur Herrn **Lüchtefeld** verkauft habe. Ich danke für das mir so reichlich geschenkte Wohlwollen und bitte, dieses meinem Nachfolger in ebenso reichem Maße angedeihen zu lassen.

2318 Hochachtungsvoll

Albert Vater.

Bezugnehmend auf Obiges teile ich ergebenst mit, daß ich das Restaurationsgeschäft

Zur Bürgerhalle

[illegible] Wochentage [illegible] Speisen und Getränke zu.

Hochachtungsvoll

Anton Lüchtefeld.

Sohlleder - Ausschnitt

sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel

Joseph Kaufmann

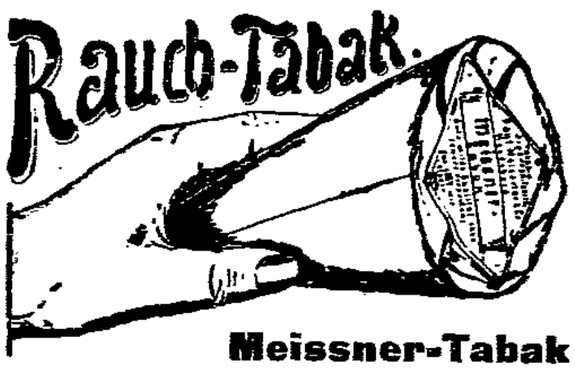
25 Jakobstraße 25.

---

kauft man am besten.

Direkt von der Fabrik

Rauch-Tabak.



Meissner-Tabak

gute milde Qualität, ohne teure Verpack., ¼ Pfd.-Tüte wie oben nur 10 Pf., 40 Tüten für 3 Mk., angenehmes billiges Rauchen.

Ferner empfehlen: **Rein überseeischen geschn. Rippen-Tabak** (nicht zu verwechseln mit deutschen Rippen), Päckchen 10 Pf., ½ Pfd. 15 Pf., 1 Pfd. 30 Pf., 10 Pfd.-Postbeutel 2.50 Mk.

Kranstabak, schöner milder Pfeifentabak, ½ Pfd. 18 Pf., 1 Pfd. 35 Pf., 10 Pfd.-Postbeutel 3 Mk.

Brustkanaster, Päckchen 10 Pf., 10 Pfd.-Postbeutel 3 Mk.

Zigarren-Abfall, ½ Pfd. 30 Pf., 1 Pfd. 60 Pf., 10 Pfd.-Postbeutel 5.50 Mk.

Pastoren-Tabak Nr. 1, Päckchen 20 Pf., 20 Päckchen 3 Mk.

„ **Nr. 2**, ½ Pfd. 40 Pf., 1 Pfd. 80 Pf., 10 Pfd. 7 Mk.

Mischung Nr. 6, ½ Pfd. 50 Pf., 1 Pfd. 1 Mk., 10 Pfd. 9 Mk.

Mischung Nr. 7, ½ Pfd.-Päckchen 60 Pfg., 10 Päckchen 5.50 Mk., 10 Pfd.-Postbeutel 10 Mk.

Mischung Nr. 8, ½ Pfd.-Päckchen 75 Pf., 10 Päckchen 7 Mk. 10 Pfd.-Postbeutel 13 Mk.

Mischung Nr. 9, ¼ Pfd.-Päckchen 45 Pf., 10 Päckchen 4.25 Mk., 10 Pfd.-Postbeutel 16 Mk.

Mischung Nr. 10, ¼ Pfd.-Päckchen 50 Pf., 10 Päckchen 4.75 Mk., 10 Pfd.-Postbeutel 18 Mk.

(Beutel bei allen ohne Berechnung, Brutto für Netto.)

Rollen-Varinas p. Pfd. 2 Mk., 100 Gr. 50 Pf., hochf. u. mild.

Shag-Tabak, hell, p. Pfd. 1.60 u. 1.80, dunkel p. Pfd. 1.40 Mk.

Alle Sorten Rohtabak, auch im einzelnen, zum Selbstschneiden oder Selbstfertigen von Zigarren.

Preßtabak. Hunderte Sorten guter Zigarren vom Dutzend resp. 100 Stück ab zu Fabrik-Mille-Preisen, z. B. alle 5 Pf.-Sorten Dutzend 45 Pf., 100 Stück 3.25 Mk., alle 6 Pf.-Sorten Dutzend 50 Pf., 100 Stück 4 Mk., alle 7 Pf.-Sorten Dutzend 60 Pf., 100 Stück 4.75 Mk. und so fort bis zu den feinsten Marken.

Wer etwas Gutes rauchen will, ob Pfeife, Zigarre oder Zigarette, wende sich nur an uns.

Versand nur gegen Voreinsendung oder Nachnahme. Porto für 10 Pfd. 25 Pf., für weiter 50 Pf. Von 20 Mk. an Franko-Zusendung.

Tabak- und Zigarren-Fabrik

Paul Meissner & Co.

Verkaufsstellen: Hauptgeschäft Schrotdorferstraße Breiteweg 253, nahe am Hasselbachplatz

2264 **Sudenburg**, Halberstädterstraße 117.

Man verlange

Vorzügliche Mischungen, mild und fein.

Preisliste gratis und franko

Wenig gebrauchte Nähmaschinen

von Mark [illegible]

A. Rose, (Scharnhorstplatz).

Aeltestes seit 1865 besteh. Geschäft dies. Branche.

Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen. 576

Gänsepökelfleisch mild gesalz., bei **Moritz Weinberg**, Berlinerstr. 1a.

! Ehrliche !

Leute erhalten Taschen-**Uhren und Ketten** sowie moderne **Zimmer-Uhren** Regulateure und Wecker auch auf Teilzahlung. 3 Jahre Garantie. Kl. Anzahl. Abzahl. p. Woche 1 Mk. an. Trotz Abzahlung keine höher. Preise. Reparaturen billig. Versende auch nach außerhalb. Bestellung per Postkarte genügt.

Uhrenhandl. Magdb.-Neustadt

2280 **Nikolaistraße 4.**

KAUFEN SIE NUR **SODEX** STATT SODA

Nächste Ziehung:

Wohlfahrt-Geld-Lotterie

Hauptgewinn **75 000** Mark bar

Lose, solange Vorrat reicht, à **3.30** Mk., Porto und Liste 30 Pf. extra. 2306

B. Klement, Altemarkt 3/4.

Leih-Haus

M. Birnbaum

2-3 Katharinenstr. 2-3

Eingang im Hausflur.

Höchste Beleihung aller Wertgegenstände. 2212

Krankheitshalber

verkaufe ich mein gutgehendes **Materialwaren-Geschäft**

Offerten von Selbstkäufern erbeten unter **B. U. 1483.** 902

---

ff. selbstgeschlachtete Wurstwaren 2 1834

empfiehlt in stets frischer Ware

W. Schumann

Breiteweg 13 **Burg** Breiteweg 13

Burg.

Ein Wohnhaus

mit hohem Mietsüberschuß. 3000 Mk. Anzahlung, veränderungshalber sofort zu verkaufen. Offerten unter **H 101 postlagernd Burg.** 2315

Burg Burg

Zum Sonntag

ff. Pökelfleisch

empfiehlt 2313

Karl Jesse.

Wir empfehlen unsre Flaschenbiere, als:

Sudenburger Bockbier

Sudenburger Export

Sudenburger Pilsner.

Sudenburger Brauhaus

Dummér & Döring. 2299

Aschersleben Aschersleben

Bringe meinen

Barbier- und Haarschneide-Salon

in empfehlende Erinnerung.

Hochachtungsvoll **Wilh. Hagendorf**

2196 Oberstraße 12.

Burg Kanarienzucht- und Vogelschutzverein. **Burg**

Sonntag den 14. und Montag den 15. Januar im **A. Chemnitzschen Restaurant**

Zweite große Kanarien-, Zier- und Singvögel-, Tauben-, Zier- und Parkgeflügel-Ausstellung

verbunden mit Prämiierung. 2319

Eröffnung Sonntag 11 Uhr. Entree 25 Pfg.

Burg Wo Burg

kauft man in Burg die besten

Apfelsinen

stets am billigsten? Bei 2308

B. Knöllner, Breiteweg 41

Obst- und Südfrucht-Handlung.